Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

67 (30.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

67. Sitzung.

Freitag, den 30. Juli 1926, vormittags ½10 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 66. Sitzung (Ziff. II).

Am Regierungstisch: Minister des Kultus und Unterrichts **Remmele**, Ministerialdirektor Dr. **Schmitt**, die Ministerialräte Dr. **Armbruster**, Dr. **Kunzer**, Dr. **Schwoerer**, die Oberregierungsräte **Füß**, **Künkel**, **Steiner**, **Walter**, die Regierungsräte Dr. **Asal**, **Baumgratz**, **Bohn**, **Broßmer**, Dr. **Denz**, **Eberle**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts S. 3443/44.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung nach 9½ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt.

I. **Verhinderungsanzeigen**

der Abg. Bock, Haas und Marum wegen Erkrankung.

II. **Gesuch**

der Vereinigung badischer Hebammen, das Hebammengesetz betr.

Das Gesuch wird in die neue Sitzungsperiode übernommen (Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung).

Das Haus stimmt zu.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags für 1926 u. 1927, Hauptabteilung V, Ministerium des Kultus und Unterrichts, nebst einschlägigen Anträgen.

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort

Abg. Dr. **Engler** (Sozdem.):

Ich will bei den Ausführungen, die ich zum Etat des Kultusministeriums zu machen habe, nicht auf alle Kulturfragen eingehen, sondern will versuchen, mich auch da auf das Sachliche, was zu sagen ist, zu beschränken, zumal der an sich berechtigte Wunsch besteht, mit der Beratung dieses Etatstitels heute zu Ende zu kommen.

Der Herr Abg. Dr. Föhr hat gestern abend die Frage „Stellung von Staat und Kirche" behandelt. Er hat eine ganze Reihe von Fragen aufgerollt, die zum größten Teil auch bei der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes eingehend behandelt worden sind. Ich will ihm heute nicht folgen und zwar, weil ich der Meinung bin, daß wir heute gar nicht über diese Streitfrage zu einem Abschluß kommen können und auch ein Anlaß, jetzt diese Frage zu behandeln und zur Entscheidung zu bringen, gar nicht vorliegt. Ich will nur ganz kurz bemerken, daß wir mit der Rolle, die er dem Staat im öffentlichen Leben zugedacht hat, nicht einverstanden sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wir können nicht zugeben, daß der Staat in Fragen der Kultur, der körperlichen und geistigen Wohlfahrt des Volkes so eine Art Wächterrolle erhält und die anderen Körperschaften mit den Mitteln und unter dem Schutze des Staates Aufgaben erfüllen, die wir dem Staat zugeteilt haben wollen, erfüllt (Sehr richtig! bei den Kommunisten). Aber es liegt kein Anlaß vor, jetzt sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen, da wir ja keine Entscheidung nach dieser Richtung hin zu treffen haben.

Ich wende mich den Hauptaufgaben zu, die das Kultusministerium zu erfüllen hat, und beginne mit der Volksschule.

Es sind in gewissen Kreisen Bestrebungen vorhanden, die Kinder möglichst frühe in die Schule zu bringen, um sie dann

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

möglichst früh auch von der Volksschule weg in die Mittelschule zu bringen. Wir sind der Meinung, daß die Unterrichtsverwaltung diesen Bestrebungen keine Förderung angedeihen lassen darf (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Es ist im Interesse der Kinder, im Interesse ihres körperlichen Gedeihens nicht wünschbar, daß die Kinder zu früh in die Volksschule und zu früh in die Mittelschule hineinkommen. Die Volksschule soll die Grundschule sein für alle anderen Schulen, und wir wären an sich der Meinung — wir stellen aber jetzt keine Anträge —, daß nicht nur 4 Jahre, sondern mindestens 6 Jahre alle Kinder in die Volksschule gehen sollten.

Die Volksschulfragen sind bei der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes eingehend behandelt worden. Ich kann mich daher kurz fassen und sagen: Wir wünschen, daß die Volksschule soweit wie nur irgendmöglich ausgebaut wird. Es ist in diesen Tagen der Gedanke angeregt worden, ein weiteres Schuljahr anzufügen. Wir können ja jetzt diesem Gedanken nicht nähertreten; aber es wird die Zeit kommen, wo man diesem Gedanken näher treten muß; vor allem für die Städte, weil an die Lehrlinge in den industriellen Betrieben Anforderungen gestellt werden, die sie nicht erfüllen können, wenn sie erst 14 Jahre alt sind. Es entsteht dadurch zwischen Abschluß der Volksschule und der Möglichkeit, eine Lehrstelle zu erhalten, eine Lücke, die am besten ausgefüllt wird, wenn wir, vielleicht zunächst fakultativ, die Möglichkeit zu einem längeren Schulbesuch geben.

Wir wünschen, daß in der Volksschule die körperliche Ausbildung eingehend gepflegt wird. Dort sollten sich die Schulärzte aber mehr um das einzelne Kind kümmern. Der Lehrer kann von sich aus nur einen Turnunterricht erteilen, der den allgemeinen Vorschriften entspricht; es müssen aber Kinder, die körperlich nicht gut entwickelt sind, besonders behandelt werden, und das sollte nach ärztlichen Anordnungen geschehen.

Der Handfertigkeitsunterricht ist ebenfalls eingehend zu pflegen, weil dadurch manchem Kind, das in geistiger Beziehung etwas zurückgeblieben ist, die Möglichkeit gegeben ist, Leistungen zu zeigen, die ihm wieder das Gefühl der Gleichwertigkeit gegenüber anderen geben.

Fremdsprachlicher Unterricht sollte an den Volksschulen, soweit es angängig ist, erteilt werden. Einen obligatorischen fremdsprachlichen Unterricht wünsche ich wenigstens nicht, weil ich der Meinung bin, daß Schüler, die nur über eine mittelmäßige Begabung verfügen, nicht in der Lage sind, dann das Pensum in der vorgeschriebenen Zeit zu leisten. In der Volksschule ist die Hauptsache, daß die Schüler, wenn sie aus der Schule entlassen werden, in den Elementarfächern, die sie im Leben brauchen, einen guten Abschluß haben (Sehr richtig!). Für diejenigen, die die Fähigkeit haben, mehr zu lernen, soll die Gelegenheit gegeben werden; aber man darf Kinder im Alter von 6 bis zu 14 Jahren auch nicht mit Allzuvielem bepacken, sondern man muß dafür sorgen, daß das, was ein normaler Schüler lernen kann, gründlich gelernt wird.

Um das Schulziel zu erreichen, ist natürlich Voraussetzung, daß die Kinder entsprechend ernährt werden. Wir können den kommunistischen Anträgen, die hier gestellt sind, nicht zustimmen. Erstens greifen sie in die Gemeindeverwaltung hinein, und zweitens sind wir der Meinung, daß nicht eine öffentliche Wohlfahrtspflege betrieben werden darf, die auch denjenigen Eltern die Verantwortung und die Versorgungspflicht für ihre Kinder abnimmt, die diese Pflicht erfüllen können. Die öffentliche Wohlfahrtspflege hat dort einzugreifen, wo die Möglichkeit der Versorgung im Elternhaus oder sonst nicht gegeben ist.

Dann hätte ich ein Wort zu dem zu sagen, was der Herr Abg. Dr. Föhr gestern auch schon gestreift hat, nämlich über den Geschichtsunterricht und über das Realienbuch. Es ist ja jetzt in der Presse bekannt geworden, wer die Umredigierung in diesem Geschichtsbuch vorgenommen hat; es sei ein Oberregierungsrat, den man wegen seiner Tüchtigkeit nicht wie andere Beamte rechtzeitig im Kultusministerium abgebaut hat, der also erst im letzten Jahr dem Abbau verfallen ist. Es wäre besser gewesen, er hätte seine Tätigkeit schon etwas früher eingestellt (Heiterkeit). Ich habe Verständnis dafür oder kann es wenigstens begreifen, daß gewisse Kreise das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht an die Stelle des früheren Banners Schwarz-Weiß-Rot gesetzt haben wollen. Ich sage, ich habe Verständnis, daß einer vielleicht das nicht will. Aber daß man in der Schule im Geschichtsunterricht die geschichtliche Tatsache, daß die Volksbewegung, die zuerst für die Einheit des Deutschen Reichs eintrat, das Banner Schwarz-Rot-Gold hatte — daß man diese geschichtliche Tatsache in der Schule bewußt und systematisch unterschlagen will, das geht doch schon ein bißchen weit und zeigt, in welcher Weise früher Geschichtsunterricht in unseren Volksschulen erteilt wurde und wie ihn gewisse Herren auch jetzt noch erteilen möchten.

Es ist in diesem Geschichtsbuch an einer Stelle der ersten Ausgabe von einem Fest, das die Studentenverbindungen auf der Wartburg abgehalten haben, die Rede, und da kommt sinngemäß der Satz darin vor, daß die Burschenschaften mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und mit schwarz-rot-goldenen Bändern um die Brust auf die Wartburg gezogen seien. Dieser Satz wird einfach aus der zweiten Ausgabe herausgestrichen. Die Kinder dürfen nicht wissen, daß schon vor dem Jahre 1918 irgendwo das Banner schwarz-rot-gold eine Rolle gespielt hat. Es ist mir beim Lesen dieser Stelle so richtig zum Bewußtsein gekommen, warum man uns in der Schule gewisse geschichtliche Tatsachen unterschlagen hat. Ich bin nicht etwa der Meinung, daß man nun in Zukunft den Schulkindern lauter Scheußlichkeiten von den früheren Fürsten erzählen soll, sondern man soll ihnen die Wahrheit sagen, aber die Wahrheit ist doch auch nicht, daß unsere früheren Fürsten lauter edle, tüchtige und große Menschen gewesen seien, sondern die Wahrheit ist, daß zwischen großen und leistungsfähigen Herren sehr viele Mittelmäßigkeiten und manchmal noch weniger als Mittelmäßigkeiten gestanden sind. Also man soll den Kindern die Wahrheit mindestens über diese Dinge sagen, und man soll den Kindern die Sachen nicht so darstellen, als hätte sich um die Schaffung eines einigen deutschen Reiches vor Bismarck niemand gekümmert und hätte an dieser Tatsache, daß Deutschland einig wurde, niemand ein Verdienst als Bismarck und die damaligen deutschen Fürsten, die ihre Länder regierten. In Wirklichkeit war es doch ein klein bißchen anders. Es haben vor Bismarck manche Leute darauf hingearbeitet, sogar mehr dafür eingesetzt, als Bismarck dafür einsetzen konnte, ihr Leben und ihre Existenz. Und mit dem Streben der deutschen Fürsten nach Einigkeit ist es eine eigene Sache. Ich will darauf jetzt nicht weiter eingehen, ich will hier nur sagen: Wir verlangen, daß den Kindern ein wahrheitsgemäßer Geschichtsunterricht erteilt wird, daß aufgeräumt wird mit den geschichtlichen Märchen und mit den Geschichtslügen, die man früher unter dem Namen „vaterländische Geschichtsschreibung" den Kindern vorgesetzt hat. Ich möchte an den Herrn Minister die Bitte richten, daß er darauf sieht, daß unsere Schulbücher so gestaltet werden, daß ein guter Unterricht erteilt werden kann.

Daß wir in Baden neben unseren Volksschulen für die Kinder, die geistig und körperlich gut ausgerüstet sind, gute Schulen haben für diejenigen, die nicht vollsinnig sind, taubstumm,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

blind usw. ist erfreulich, und es wird jeder von uns gerne dem zustimmen, was hier an Mitteln angefordert wird, und wir wünschen, daß auch hier noch Fortschritte erzielt werden.

Dann ein Wort zu den Fortbildungsschulen. Es ist sehr erfreulich, daß unsere Fortbildungsschulen in den letzten Jahren eine Aufwärtsentwicklung genommen haben. Ich erinnere mich noch lebhaft einer Versammlung, die ich in St. Märgen einmal hatte, und wo die Bauern mich bald geprügelt hätten, weil unsere Partei dafür gestimmt hat, daß die Fortbildungsschule auf 3 Jahre ausgedehnt wurde. Wenn ich nicht so handfest ausgesehen hätte, hätte ich damals wahrscheinlich Prügel gekriegt (Heiterkeit). Hoffentlich erkennt man aber langsam auch in den Kreisen der Landwirtschaft, daß eine gute Schulbildung Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Wirtschaft. Nirgends, sage ich, ist eine gute Schulbildung notwendiger als in der Landwirtschaft. Manche Schäden, die wir jetzt in der Landwirtschaft beklagen, und mancher Notstand wäre wahrscheinlich behoben, wenn die Schulbildung unserer deutschen Landwirte so gepflegt gewesen wäre, daß sie rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen für sich selbst und ihren Stand erkannt hätten. Die Fortbildungsschule in den landwirtschaftlich durchsetzten Gemeinden sollen immer mehr ausgestaltet werden für die fachliche Ausbildung der Landwirte. (Abg. Sack: Soweit es möglich ist ohne Überlastung!) Ja, selbstverständlich kann diese Fortbildungsschule nicht ein Ersatz sein für die eigentliche landwirtschaftliche Fortbildungsschule, für die Winterschule, dort sind ja auch Fortschritte erzielt worden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Schulen hat sich vermehrt. Es hat mir dieser Tage ein Landwirtschaftslehrer erklären können, daß in seinem Bezirk jetzt ungefähr 8 mal so viel Söhne von Landwirten diese Winterschule besuchen, als es vor dem Kriege der Fall war, wo im Durchschnitt auf jede Gemeinde nur alle 3 Jahre ein Schüler kam. Daß damit nicht die notwendige Zahl von gut ausgebildeten Landwirten vorhanden sein konnte, ist ganz selbstverständlich.

Damit komme ich zu den Gewerbeschulen. Die Gewerbeschulen sind bei uns Baden noch jüngeren Datums. Angefangen wurde mit der Errichtung von Gewerbeschulen m. W. erst in den 80er Jahren, und nur ganz langsam ging zuerst die Entwickelung. Erst die letzten zwei Jahrzehnte haben eine etwas raschere Entwickelung auf diesem Gebiete gebracht, und wir haben in einzelnen Städten gut ausgerüstete Gewerbeschulen. An einzelnen Orten fehlt es noch am vollen Ausbau, aber auch da wird die Zeit Abhilfe schaffen. Es ist auch erfreulich, daß sich immer mehr Gemeindeverbände zusammenfinden, um gemeinsam für die in ihrem Bezirk vorhandenen Lehrlinge eine Gewerbeschule zu schaffen. Der Staat gibt für diese Schulen beträchtliche Mittel aus, und es wird niemand unter uns sein, der irgendwie hier bremsend wirken wollte.

Nun ist durch eine Verordnung, die vor zwei Jahren erlassen wurde, die Vorbildung für die Gewerbelehrer neu geregelt worden. Es werden an den Gewerbeschulen und an den Handelsschulen jetzt nur noch Lehrkräfte eingestellt, die auf eine akademische Vorbildung zurückblicken können. An den Handelsschulen hat man neben den eigentlichen Handelslehrern auch Lehrkräfte angestellt, die die Vorbildung haben wie die Lehrer an den Mittelschulen. An den Gewerbeschulen werden hauptsächlich Diplomingenieure angestellt. Ich möchte an das Unterrichtsministerium die Bitte richten, darauf zu achten, ob hier neben der technischen Ausbildung, die diese Diplomingenieure haben, auch der Teil der Ausbildung, den man braucht, um Lehrer sein zu können, das richtige Maß erreicht hat; denn es ist nicht nur notwendig, daß man selber über ein gewisses Maß technischer Kenntnisse verfügt, sondern man muß auch die Fähigkeit haben, das dem andern so beizubringen, daß er etwas lernen kann. Es sind mir aus Kreisen der Gewerbelehrer Mitteilungen zugegangen, die darauf schließen lassen, daß nicht alle Diplomingenieure auch wirklich geeignet sind, um als Lehrkräfte zu wirken. Man wird also bei der Auswahl eine Vorsicht walten lassen und prüfen müssen, ob die kurze Praktikantenzeit, die sie vor ihrer Anstellung abzulegen haben, ausreicht, um die Vorbildung auf das richtige Maß zu bringen.

In manchen Städten hat man an die Handelsschulen sogenannte Handelsvorschulen angegliedert. Aus den Kreisen der Arbeitgeber werden diese Handelsvorschulen sehr laut gepriesen. Es besuchen Kinder, Mädchen und Knaben, die den Handelsberuf ergreifen wollen, ein Jahr diese Schule, ohne daß sie praktisch daneben arbeiten. Also eine Fortsetzung der Volksschule oder der anderen Schule, die sie vorher besucht haben. Wer die Handelsvorschule ein Jahr besucht hat, braucht dann während seiner praktischen Lehrzeit die Handelsschule nicht zu besuchen. Diesen Zustand halten wir aus zwei Gründen nicht für richtig. Erstens kann ein theoretischer Berufsunterricht keine volle Auswirkung finden, wenn nicht Gelegenheit gegeben ist, das, was man in der Theorie lernt, in der Praxis zu verwerten und auch dort die Auswertung kennen zu lernen. Dann führt die Möglichkeit, die Knaben und Mädchen, die aus der Volksschule oder aus anderen Schulen entlassen sind, 1 Jahr hier unterzubringen, dazu, daß viele in den Handelsberuf kommen, die nicht die Eignung haben, daß eine Übersetzung stattfindet. Manchmal finden Eltern für ihre Kinder keine Lehrstelle, dann sagen sie, jetzt gehst Du auf die Handelsvorschule, dann hast Du 1 Jahr Vorbildung zu diesem Beruf weg. Aus diesem Grunde sollte man die Handelsvorschulen beseitigen und die theoretische Ausbildung wieder in richtige Verbindung mit der praktischen Ausbildung bringen.

Eigentliche Fachschulen haben wir in Baden wenig. Wir haben die Uhrmacherschule in Furtwangen und die Schnitzereischule am gleichen Ort, daneben haben wir das Staatstechnikum und die Ingenieurschule in Mannheim. In Württemberg ist man mit diesen Schulen einen anderen Weg gegangen. Man hat nicht das, was wir hier im Staatstechnikum beisammen haben, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau und Tiefbau an einem Platze zusammengelegt. Man hat die Schulen in Württemberg mehr über das ganze Land verbreitet. Dadurch ist viel mehr Personen Gelegenheit gegeben, diese Schulen zu besuchen. Bei allen Schulen können Sie feststellen, daß ein großer Prozentsatz der Schüler aus der Umgebung dieser Schule stammt, weil es für die Eltern leichter ist, ihren Kindern diese Ausbildung zuteil werden zu lassen. Württemberg hat mit seinem System materiell wenigstens gute Erfolge gehabt. Württembergische Vorarbeiter treffen Sie nicht nur in Württemberg, sondern überall in sehr großer Zahl, was für das Land ein Vorteil ist. Ich erinnere daran, daß wir in Baden keine Textilfachschule haben. Das führt dazu, daß alle Vorarbeiter und Werkführer in den badischen Textilfabriken nicht Badener sind, weil die Textilarbeiter nicht in der Lage sind, ihre Söhne nach entfernt liegenden Orten in die Schule zu schicken. So kommt es, daß die Werkmeister aus anderen Gegenden nach Baden kommen. Ich führe das als Beispiel an und möchte bitten, daß man im Unterrichtsministerium prüft, ob man nicht nur für das Textilgewerbe, sondern auch für andere Berufe Fachschulen schafft.

Dem Wunsche, die Mannheimer Ingenieurschule in irgend einer Art so auszubauen, daß die dort abgelegte Prüfung der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

Prüfung am Staatstechnikum gleichwertig ist, möchten wir auch bitten, Rechnung zu tragen, denn gerade in Mannheim sind sicher sehr viele Arbeiterfamilien, die ihren Söhnen den Besuch der Ingenieurschule in Mannheim ermöglichen können, die aber nicht in der Lage sind, ihre Söhne nach Karlsruhe auf das Staatstechnikum zu schicken. Die Dezentralisierung des Schulwesens würde einem weiteren Kreis von Volksgenossen die Möglichkeit des Schulbesuches geben. Da wir ja in den letzten Jahren für verschiedene Stellungen in Staat und Gemeinden die Anforderungen an die Vorbildung stark erhöht haben, ist es notwendig, daß man den Kreis derjenigen, die die Schule besuchen können, nicht verengt, sondern erweitert. Ich möchte auch bitten, daß man dem Bestreben, den Zugang zum Staatstechnikum vom Besuch einer Mittelschule abhängig zu machen, entgegentritt und nicht Rechnung trägt. Die einzige Forderung aber, die man stellen soll für den Besuch des Staatstechnikums soll sein, daß all die Leute, die diese Schule besuchen wollen, vorher ihre Gesellenprüfung mit gutem Erfolg abgelegt haben, damit, wenn sie auf dem Staatstechnikum versagen, sie nicht hilflose Menschen sind, sondern wenigstens noch als Arbeiter gehen können und damit eine gute Auslese getroffen wird.

Bei dem Thema Mittelschulen ist hier in diesem Hause schon oft die Frage der realen oder humanistischen Bildung gestreift worden. Persönlich kann ich sagen, daß ich die Personen, die Männer, die ich kennen lernte, die über eine gute humanistische Bildung verfügten, immer um diese Bildung beneidet habe. Trotzdem können wir nicht dazu kommen, einseitig die humanistische Ausbildung zu bevorzugen, sondern ich glaube, wir können bei der guten Mischung, wie wir sie in Baden haben, sehr wohl bleiben. Wir brauchen beide Arten von Bildung.

Es ist in der letzten Zeit bekannt geworden, daß der Herr Justizminister an die Schulen die Bitte gerichtet hat, den Unterricht in der deutschen Sprache mehr zu pflegen, weil die Schüler, die vom Gymnasium oder von der Realschule kommen, sehr oft über ein gutes Deutsch nicht verfügen. Ich kann mich diesem Wunsche nur anschließen. Ich glaube, wir treiben an manchen Schulen etwas zu viel fremdsprachlichen Unterricht. Da soll der Schüler Latein, Griechisch, Englisch, Französisch, alles mögliche nebeneinanderher lernen und die eigene Sprache wird vernachlässigt. Ich glaube, wenn wir wirklich die deutsche Sprache so beherrschen würden wie etwa die Franzosen die ihrige, könnte es nicht vorkommen, daß ein Oberlehrer sich gekränkt fühlt, weil er nicht Rektor heißt und ein Mann, der den schönen Titel Oberlehrer oder Professor hat, Studienrat heißen will, sie würden die Empfindung haben, daß Studienrat keine schöne Bezeichnung ist für einen Mann, der im Berufe Lehrer ist. Ich glaube, Lehrer ist ein viel schöneres Wort als Studienrat. Ich glaube, auch da könnte der gute deutsche Unterricht wirken, und es würde nicht vorkommen, daß jemand beleidigt ist, wenn er Gehilfe heißt, sich aber geschmeichelt fühlt, wenn er den Titel Assistent hat, denn wenn er beide Sprachen kennt, wird er wissen, daß das Wort Assistent das gleiche bedeutet wie Gehilfe.

Dann möchte ich ein Wort über den Geschichtsunterricht sagen. Es hat mir in diesen Tagen ein hiesiger Mann, der zwei Söhne auf der Mittelschule hat, mitgeteilt, daß bei irgend einem Anlasse sein ältester Sohn sagte, er solle die schwarz-rot-goldene Fahne nicht hinaustun, er müßte sich schämen vor seinen anderen Mitschülern. Das zeigt doch, daß in den Mittelschulen ein ganz bedenklicher Geist gepflegt wird (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Selbst wenn jemand auf dem Standpunkt steht, man hätte in der Flaggenfrage keine Änderung eintreten lassen sollen, sollte er der geschichtlichen Wahrheit insoweit die Ehre geben, daß der Schüler nicht das Gefühl hat, daß das Banner schwarz-rot-gold etwas Unwürdiges sei. Das zeigt, daß ein ganz falscher Geschichtsunterricht und ein falscher Geist in den Mittelschulen gepflegt wird; wenn man die Schüler in den Mittelschulen mit dem Hakenkreuz und anderen Dingen umhergehen sieht, um zu demonstrieren, so zeigt das, daß eine falsche Erziehung Platz gegriffen hat, diese sogenannte völkische Einstellung — die Bezeichnung ist falsch, völkisch sind wir alle. Diese völkische Einstellung, die auf den Mittelschulen gepflegt wird, überträgt sich auch auf die Hochschule, und statt daß Staatsbürger erzogen werden, die auch die Meinung anderer achten, und die so erzogen sind, daß sie auch die andern als gleichberechtigt und gleichwertig achten, werden Menschen erzogen, die sich einbilden, sie seien zu Führern des Volkes und zur Führerrolle im Staat geboren. Es wird ein Geist gepflegt, bei dem von staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Gleichwertung keine Rede sein kann, und in dem Haß, der in weiten Kreisen gegen unsere Reichsfarben schwarz-rot-gold besteht, kommt dieser Geist zum Ausdruck. Man spricht viel von Zusammenfassung der Kräfte, von Volksgemeinschaft usw., aber man kann immer mehr erkennen, daß diejenigen, die sich gegen dieses Banner wenden, eine Volksgemeinschaft von ganz eigener Art wollen, eine Volksgemeinschaft, bei der diejenigen oben sitzen und herrschen, die früher an der Herrschaft waren, und die anderen sollen wieder Staatsbürger sein, die sich für die Führung, die ihnen zuteil wird, noch recht freundlich bedanken. Wenn unsere Studenten der Hochschulen und die Schüler der Mittelschulen besser mit unseren staatlichen Einrichtungen bekannt würden, dann würden sie sehen, welch außerordentlich große Opfer Staat und Gemeinden aufbringen, um einem Teil des Volkes eine höhere Schulbildung zuteil werden zu lassen. Die Leute mit höherer Schulbildung sollten diejenigen, die nicht in diese Schulen gehen können, die ihr Handwerk lernen, die der Gesamtheit auf einem anderen Gebiete dienen, ebenfalls als gleichberechtigt gelten lassen und sollten anerkennen, daß weite Kreise des Volkes, die an diesen Schulen keinen Anteil haben, große Opfer bringen, um den anderen diese Ausbildung zu ermöglichen. Wir wissen, daß wir eine bestimmte Anzahl akademisch Gebildeter im Staate brauchen. Wir brauchen Leute, die über Mittelschulbildung verfügen, wir brauchen Techniker usw., aber diese Leute sollen dann, wenn ihnen die Gesamtheit durch große Opfer diese Ausbildung ermöglicht, nicht hochmütig auf andere Volksgenossen herabsehen. Lehrer, die einen solchen Geist des Hochmuts pflegen, begehen ein Verbrechen an dem ganzen Volk. Das will ich ganz offen aussprechen. Ich will mich mit den Vorgängen auf den badischen Hochschulen nicht weiter befassen. Wir haben uns bei Gelegenheit darüber geäußert, und Dinge, die schon einmal besprochen sind, will ich jetzt nicht weiter besprechen.

Für unsere Hochschulen hat sich der Aufwand ganz gewaltig gesteigert. Gewiß sind auf der anderen Seite auch die Einnahmen gestiegen, aber immerhin ist der Aufwand nahezu auf das Doppelte der letzten Jahre gestiegen. Wir freuen uns, daß es möglich ist, die Universitätsinstitute und Einrichtungen auszubauen. In Freiburg werden Krankenhausbauten mit einem großen Aufwand erstellt. Gewiß bringt die Stadt Freiburg auch Opfer, aber andere Städte müssen ja ihre Krankenhäuser allein bauen. Der Staat übernimmt einen großen Teil der Kosten, gewiß sind die Universitätskrankenhäuser kostspieliger als andere, aber über dieses hinaus bringt der Staat ein

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

Opfer. In dem Zusammenhang möchte ich ein Wort an die Adresse gewisser Leute in den Städten richten. Es ist bei uns Gepflogenheit geworden, nachzusehen, ob die Universitätsstädte ein paar tausend Mark mehr erhalten als die anderen, ob Karlsruhe etwas mehr bekommt für sein Landestheater als andere Städte. In Freiburg ist es soweit gekommen, daß kürzlich ein Herr ein Hoch ausbrachte auf die neue Landeshauptstadt Stuttgart, weil sie durch Flugzeuge mit Stuttgart verbunden sind. Ich meine, gegen derartige Übertreibungen sollte man auftreten.

Wenn man den Staatsvoranschlag durch alle Ministerien besieht, so finden wir, daß alle Städte auf irgend einem Gebiet vom Staat eine Förderung erfahren. Es kommt nicht darauf an, auf welchem Gebiet die Förderung liegt, die Hauptsache ist, daß sie gewährt wird in den Dingen, die die Lebensinteressen der betreffenden Stadt berühren. Die Universitäten haben immer Wünsche. Heidelberg wünscht, daß auch dort einzelne Einrichtungen neu ausgebaut werden. Ich habe die Sache nicht besichtigen können, was ich gerne getan hätte, aber nach dem, was mir mitgeteilt wurde, ist in Heidelberg tatsächlich in bezug auf die Ausgestaltung der Bauten und Einrichtungen manches im Rückstande, sie passen nicht mehr in die heutigen Verhältnisse. In Freiburg wird, wie gesagt, nachgeholfen.

In Freiburg spielt gegenwärtig wieder eine Professorenfrage eine Rolle. Ich bin in Freiburg selbst in der Stadtverwaltung gewesen, ich war 11 Jahre Mitglied im Verwaltungsrat der Universitätskliniken und ich weiß, daß solche Professorenfragen immer wieder auftauchen. Ob man eine tüchtige Kraft erhalten kann, indem man ein guteingerichtetes Institut zur Verfügung stellt, oder dadurch, daß man ein hohes Gehalt bezahlt, die Frage kommt immer wieder. Aber wir müssen uns doch in Baden darüber klar werden, daß wir den Wettbewerb mit Universitäten wie Berlin und Leipzig nicht aufnehmen können. Es ist uns eben in der Bezahlung der Kräfte eine gewisse Grenze gesetzt. Und wenn wir eine Kraft dadurch verlieren, müssen wir das tragen. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß meistens, wenn ein Tüchtiger gegangen ist, auch wieder ein Tüchtiger kam. Es ist erfreulicherweise auf der Welt so, daß für alle Sparten der Wissenschaft nicht nur ein Tüchtiger zufällig vorhanden ist, sondern mehrere.

Wir können auch nicht dazu übergehen, die Universitäten mit neuen Instituten und neuen Einrichtungen, neuen Lehrstühlen, die bisher nicht vorhanden sind, auszustatten, sondern wenn das kleine Baden seine 3 Hochschulen über die Zeit der Not hinwegbringt und die Institute, die vorhanden sind, gut ausbaut und unterhält, sie der Neuzeit anpaßt, so ist das eine Leistung, auf die wir nur stolz sein können. Mehr sollte man jetzt nicht verlangen.

Dann hätte ich noch ein paar persönliche Sachen zu besprechen. Daß in Freiburg der Fall Degen-Hoche dazu geführt hat, daß durch das Eingreifen des Ministers eine Reform durchgeführt wurde, ist erfreulich. Mehr will ich über diesen Fall nicht sagen und kann mich dem anschließen, was der Herr Abg. Dr. Föhr gesagt hat. Im Laufe der Debatte werden vielleicht noch andere Redner auf diese Frage zurückkommen.

Die Frage der Handelsschulassessoren ist ja vorher schon im Haushaltsausschuß behandelt worden. Wir werden der Wiederherstellung der Forderung der Regierung zustimmen, aber nur deshalb, weil wir nicht wünschen, daß die Schulkandidaten an Gewerbeschulen schlechter gestellt sind als an anderen Schulen, denn das würde dazu führen, daß sich nur solche Kräfte an die Gewerbe- und Handelsschulen melden würden, die an anderen Schulen keinen Eingang finden können. Formell ist die Sache nicht ganz klar, und wir werden an den Konsequenzen dieses Beschlusses — davon bin ich überzeugt — im nächsten Winter ein paar Tage hart zu kauen haben. Aber die Sache läßt sich nicht anders machen, schließlich geht in dem Falle die Gerechtigkeit und Notwendigkeit über die formalen Bedenken. Im Voranschlag ist für den Herrn Ministerialrat Dr. Schwoerer ein Nebengehalt angefordert worden, und Sie haben gestern gehört, daß die Nebengehalte im Haushaltsausschuß zu eingehender Erörterung Anlaß gegeben haben. Wir stimmen diesem Nebengehalt und dem des Baureferenten des Kultusministeriums zu, weil wir der Meinung sind, daß hier wirklich eine nebenamtliche Tätigkeit vorliegt, die eine Nebenbezahlung wohl rechtfertigt. Es kommt dabei noch in Betracht, daß hier ein Versprechen maßgebender Personen aus der Regierung vorliegt, schon aus einer Zeit, bevor der jetzige Herr Minister als Kultusminister seines Amtes waltete.

Zu den Dotationen der kirchlichen Gemeinschaften werden wir uns der Abstimmung enthalten, wir werden aber, wenn trotzdem — und das wird ja geschehen — diese Dotationen für die katholische und evangelische Kirche genehmigt werden, dem Antrag auf Wiederherstellung des Staatsvoranschlags für die altkatholische Kirche nicht entgegentreten, und der größere Teil meiner Fraktion wird der Herstellung dieser Forderung zustimmen (Hört! hört! beim Zentrum). Jawohl, hört! hört! Dieser Teil der Fraktion ist der Meinung, solange die Frage der Dotation der Kirchen so geregelt wird, daß die einen ihre Dotation erhalten, sollen sie die anderen auch erhalten (Zuruf des Abg. Dr. Föhr). Herr Abg. Dr. Föhr, in diesem Punkt ist eine Debatte zwischen uns und Ihnen zwecklos; Sie werden Ihre Auffassung vertreten, und wir werden unsere Rechtsauffassung vertreten. Ein Teil meiner Freunde wird nicht für die Position stimmen, weil sie der Meinung sind, daß man diese Dotationen aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen sollte. Das wird Ihnen ja auch nicht angenehm sein.

Damit will ich meine Ausführungen schließen, nur eines habe ich noch nachzutragen zum Punkt Landestheater. Wir werden auch hier den im Voranschlag gestellten Forderungen zustimmen und zwar aus dem Grund, aus dem wir auch anderen Forderungen, die im Voranschlag stehen, zustimmen, für Ausbau unserer Sammlungen, für alle die Titel, die unter der Rubrik „Wissenschaft und Künste" stehen. Es darf uns niemand nachsagen, daß wir den Kultureinrichtungen, die von früherher bestehen, den Lebensfaden abschneiden und aus dem Grund stimmen wir zu. Wenn wir den anderen Anträgen, die für Mannheim, Heidelberg usw. gestellt sind, unsere Zustimmung versagen, dann verweise ich auf das, was ich vorhin gesagt habe: Die eine Stadt wird auf diesem, die andere Stadt auf jenem Gebiet gefördert. Man darf nur darauf hinweisen, welch großen Vorteil die Universitätsstädte aus ihren Universitätskliniken haben. Der Staat trägt einen großen Teil des Verwaltungsaufwands. Die Stadt Freiburg — wie es in Heidelberg ist, weiß ich nicht — hat für alle Kranken, die sie in die Universitätskliniken einweist, eine Mark pro Tag Nachlaß am Verpflegungsgeld. Das ist ein ganz ungeheures Entgegenkommen.

Also ich möchte auch hier noch einmal sagen: Die Städte sollen nicht immer die einzelnen Punkte gegeneinander vergleichen, sondern sie sollen das Gesamte gegeneinander vergleichen. Und dann darf man hier wohl das Wort „historisch geworden" doch auch anwenden. Ich habe schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, in Freiburg und Heidelberg hat die historische Entwicklung dazu geführt, daß der Boden, der in der öffentlichen Hand ist, in der Hauptsache Besitz der Stadt ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Engler [Sozdem.])

Hier ist der Boden früher Besitz des Großherzogs gewesen, jetzt ist er Besitz des Staats. Dort zieht aus der Entwicklung, aus der Ausdehnung der Stadt die Stadtverwaltung den Nutzen, weil sie in der Lage ist, Bauplätze zu verkaufen, hier hat der Staat den Nutzen, daß er seinen Sandboden vom Hardtwald an einzelnen Stellen zu 30 bis 40 M. verkaufen kann. Also, es sind ganz verschiedene Entwicklungen zu verzeichnen und aus dem Grund kommen wir zu dem Resultat, daß wir einen Zuschuß an das Landestheater für gerecht halten. Wir werden also dem Etat zustimmen und bitten auch die anderen Herren, das gleiche zu tun und bitten das Ministerium, die Wünsche, die ich vorgetragen habe, zu berücksichtigen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Ich gehe mit dem Wunsche des Herrn Vorredners durchaus einig, daß es gelingen möge, möglichst bald zum Schluß dieser anstrengenden, ermüdenden Verhandlungen zu kommen, aber er selber hat mich etwas gehindert, diese Absicht so entschlossen durchzuführen, wie es im Interesse des Hauses läge, denn ich muß mit einem Wort wenigstens auf die historischen Reflexionen zurückkommen, die er angestellt hat. Ich habe aus ihnen wohl das Bemühen herausgehört, zu einem gerechten Urteil zu kommen oder, sagen wir, zu einem sachlichen, aber ich finde, daß es dem Herrn Vorredner doch nicht ganz gelungen ist, daß seine parteipolitische Einstellung ihn doch noch mannigfach daran hindert. Ich von meinem Standpunkt aus muß das, was er dargelegt hat, teils für nicht zutreffend, teils für wenigstens schief erklären und möchte ihn bitten, einmal von dem grundlegenden Werk über die Aufrichtung des Deutschen Reiches von Sybel Kenntnis zu nehmen, und möchte ihm dazu folgendes erzählen. Als Sybel seinerzeit im Anfang der 70er Jahre die Generaldirektion der preußischen Archive übernehmen sollte, ging er zu dem damaligen Ministerpräsidenten, dem Reichskanzler Fürsten Bismarck gerade um diese Geschäftsübernahme zu besprechen und da forderte Sybel das unbegrenzte Recht, ohne jede Einschränkung die Archive öffnen zu dürfen. Der Fürst Bismarck hat ihm dieses Recht sofort zugestanden und gesagt, ein Volk, das weiß, was es will und weiß, was es ist, das muß auch unbefangen zurückschauen können auf seine Entwicklung und sie ganz genau, klar und richtig erkennen. Das beweist doch, daß die frühere Darstellung der Geschichte bei uns in Deutschland nicht die einseitig gemachte war, von der der Herr Vorredner glaubte reden zu müssen (Unruhe links). Ich bin auch durch die Schulen gegangen und weiß, daß nicht in dieser einseitigen Weise gelehrt worden ist, wie es der Herr Vorredner behauptet hat.

Ich komme zu dem Etat. Ich habe namens meiner Freunde zu erklären, daß wir nicht in der Lage sind, der Position, die sich auf den Gehalt des Ministers bezieht, zuzustimmen. Es wird ja das nicht wundernehmen, denn es ist selbstverständlich und ganz natürlich, daß derselbe Geist, der im Ministerium des Innern weht, auch im Ministerium des Kultus und Unterricht umgeht, und wir wie neulich beim Ministerium des Innern, so jetzt beim Ministerium des Kultus und Unterrichts erklären müssen, daß verschiedenes, was getan worden ist, uns nicht gefällt, und verschiedenes auch nicht, wie es geschehen ist. Ich will dreierlei hervorheben: Wir sind der Meinung, daß in der Stellungnahme, die das Ministerium für Kultus und Unterricht in einem bestimmten Fall zum jungdeutschen Orden gefunden hat, dem jungdeutschen Orden Unrecht geschehen ist, andererseits das Reichsbanner eine Bevorzugung und eine Einschätzung erfahren hat, die es wirklich nach unserer Meinung nicht verdient. Ich will auf etwas Erledigtes zurückgreifen, für das aber das Ministerium für Kultus und Unterricht schließlich doch die Verantwortung trägt: Die Art und Weise, wie es die Frage der Lehrerbildung in die Wege geleitet und nun zu einem vorläufigen Abschluß gebracht hat, die uns in vielen Punkten abwegig zu sein scheint und den besonderen Belangen und Erfordernissen, die wahrzunehmen gewesen wären, nicht entspricht.

Was dann endlich die Besetzung von Direktorenstellen in Pforzheim betrifft, wie sie der Reihe nach vorgenommen und dann schließlich im dritten Fall erledigt worden sind, so haben diese einen, wir wir glauben, berechtigten Unmut in dem größten Teil der dortigen Bevölkerung hervorgerufen (Zuruf des Abg. Dr. Engler). Es hat sich ja an diese Vorgänge ein ziemlich weitläufiger Zeitungsstreit angeknüpft, bei dem sich auch offiziöse Stimmen haben vernehmen lassen. Er ist dann durch eine weitere Stimme in einem Artikel zum Abschluß gebracht worden, der in den Zeitungen erschienen ist — den ich hier nicht zur Verlesung bringen will, da Sie ihn ja gelesen haben werden —, in dem, wie ich glaube, klärlich nachgewiesen wird, daß der von der Regierung eingenommene Standpunkt nicht aufrechtzuerhalten ist.

Ich erwähne diese drei Vorkommnisse deshalb, weil sie mir Gelegenheit geben, nun noch ein Wort über die Handhabung der Parität bei uns zu sagen. Dabei denke ich in erster Linie an die konfessionelle Parität; immerhin werden dann aber auch einige Bemerkungen bezüglich der politischen Parität abfallen.

Die Veranlassung, auf diese Frage nun einmal zu sprechen zu kommen — wobei ich nicht etwa einzelnes durchhecheln will: das liegt mir durchaus ferne! —, ist mir durch die Schrift gegeben, die der Herr Minister Remmele unter dem Titel „Lehrerbildung und Sozialdemokratie" veröffentlicht hat, in welcher Schrift am Schlusse unter der Überschrift „Realpolitische Schlußbetrachtung" (auf Seite 34 und 35) sich einige höchst bemerkenswerte Äußerungen finden: Durch diese Äußerungen geht die Schrift weit über den Rahmen und das Ziel hinaus, das sie in ihrem Titel sich gesteckt hat.

Es schließt sich ja der Herr Verfasser in dieser Schrift und gerade auch im letzten Teil sehr eng an die weitläufigere Schrift des Staatssekretärs Heinrich Schulz an „Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes". Was er ausführt, sind im wesentlichen dieselben Gedanken wie in der Broschüre des Ministers Remmele; es handelt sich also hier offenbar um eine Einstellung, die, wenn man so sagen will, im deutschen Reiche und bestimmten Parteien überhaupt verbreitet ist. Was ich nun dazu zu sagen habe, das ist folgendes.

Aus dieser Schrift und gerade auch aus den von mir besonders bezeichneten Auslassungen habe ich den Eindruck gewonnen — und je länger ich ihn nachprüfte, um so mehr hat er sich mir immer wieder bestätigt —, daß es dem Ministerium des Kultus und Unterrichts nicht recht gelungen ist oder — ich weiß nicht wie ich sagen soll — nicht so recht gelingen will, ein rechtes Verhältnis zum evangelischen Bevölkerungsteil zu finden — im Unterschied davon, daß es zweifelsohne dem Herrn Minister gelungen ist, ein sehr gutes Verhältnis zu finden zum katholischen Bevölkerungsteil. Ich lobe das durchaus; er hat sich bemüht, sich in das Verständnis des katholischen Bevölkerungsteiles und in das Verständnis des katholischen Denkens hineinzuleben; aber das ist es eben, daß ich die gleiche Bemühung gegenüber dem anderen Bevölkerungsteile vermisse (Zuruf von kommunistischer Seite:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

Kommt noch!). Ich weiß nicht, worauf das zurückzuführen ist: Vielleicht darauf, daß in der Tat eine große Anzahl Evangelischer eine andere politische Einstellung einnehmen, als sie in den Rahmen derjenigen politischen Einstellung einzuspannen ist, welcher die Herren der Regierung und die regierenden Parteien huldigen. Dazu möchte ich aber eine allgemeine grundsätzliche Bemerkung machen und ausdrücklich sagen: Unseres Erachtens ist es die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit jeder Regierung zu versuchen, daß sie sich in die innere Einstellung eines jeden Bevölkerungsteiles hineindenke und jeden Bevölkerungsteil verstehe und dabei auch Geistes- und Sinnesrichtungen, die ihr nicht genehm sind, pfleglich behandle — um des Volksganzen willen (Minister des Innern Remmele: Erst Ohrfeigen und dann Mißtrauen — danke schön!). Herr Minister, Sie betonen so sehr gerne, daß diese neue Zeit etwas wirklich Neues und Besseres gegenüber der Vergangenheit, gegenüber der alten Zeit bringen will: So müssen Sie es denn auch in Ihren Taten und in Ihrem Verhalten deutlich zeigen! (Sehr richtig! rechts!). Es will mir scheinen, daß innerhalb der vergangenen Jahre in der Hinsicht in Deutschland überhaupt viel versäumt und viel übersehen worden sei, und eben darum mache ich darauf aufmerksam. Am schlimmsten steht es zweifelsohne in dieser Hinsicht ja in Preußen; sicherlich wäre viel Anlaß zur Gereiztheit und viel Anlaß zu harten Auseinandersetzungen vermieden worden, wenn man seitens der Regierungen in Deutschland und in den Ländern mehr Bedacht darauf genommen hätte, auch diejenigen Bevölkerungsteile, die sich nun einmal in die Politik, wie sie jetzt gehandhabt wird, nicht einspannen lassen, pfleglich zu behandeln und auch sie hinsichtlich ihrer Gedankenbewegung zu verstehen.

Aber, um auf die Frage der Handhabung der Parität zurückzukommen, so mag ja wohl auch ein anderer Grund vorliegen, weshalb so offensichtlich der evangelischen Bevölkerung gegenüber nicht die gleiche Bemühung vorhanden ist, ihr Verständnis entgegenzubringen wie der katholischen gegenüber — betone noch einmal: Das letztere ist ja gar nichts anderes als eine regelrechte Pflichterfüllung; nur muß diese Pflichterfüllung eben paritätisch gehandhabt werden —: es ist ja richtig, daß — rein kirchlich betrachtet — der evangelische Bevölkerungsteil im Unterschied vom katholischen in dem Zustand der Zertrennung, der Zersplitterung, ja der Zerfahrenheit erscheint; das ist richtig. Warum das so ist, ob das so sein muß und wie das geändert werden könnte: das sind Fragen, die uns hier nichts angehen und auf die ich auch jetzt nicht weiter eingehen will; es ist nun einmal so. Der Regierung aber möchte ich sagen, daß folgendes uns angeht.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der evangelische Bevölkerungsteil — gleichviel welcher Schattierung — zum Staate grundsätzlich immer eine durchaus loyale Stellung eingenommen hat, daß er die Souveränität des Staates, die Hoheit des Staates auf seinem Gebiete vollständig anerkennt — und daß er darum ganz gewiß auch ein wertvoller Bestandteil unserer Bevölkerung ist. Darum ermahne und warne ich: Obschon der evangelische Volksteil äußerlich sich nicht gerade imponierend darstellt, so unterschätze man ihn deswegen doch nicht und glaube man nicht, über ihn wegsehen und wegfahren zu können. Eine Zeitlang mag das gehen: Zur Befestigung der Volksgemeinschaft aber würde solches auf die Dauer eben doch nicht dienen.

Mit einigen Worten komme ich auf die Ausführungen zurück, die gestern Abend Herr Abg. Dr. Föhr vorgetragen hat, indem er an eine von mir neulich gemachte Ausführung über meine Stellung zur Frage des christlichen Staates anknüpfte. Er hat ganz richtig betont — und ich freue mich, daß er das glatt zugegeben hat —, daß ich nicht etwa nur für den christlichen Staat eingetreten bin, sondern daß ich ihn fördere. Das tue ich nach wie vor, und ich bin im Stillen immer der Meinung gewesen — ich will sie jetzt aber auch laut aussprechen —, daß wir in diesen Dingen sehr oft Veranlassung haben werden, Hand in Hand zu gehen; aber es scheint mir doch, daß ich einiges noch einmal wiederholen muß, um es recht klar zu stellen; ich glaube, daß ich ohne meine Schuld doch mißverstanden worden bin.

Ich betone den christlichen Staat; aber ich habe damals schon gesagt: Ich wünsche nicht, daß er durch gesetzgeberische Maßnahmen festgelegt werde. Das soll besagen: Ich bin nicht der Meinung, daß das — die Betonung des Staates als eines christlichen — etwa in der Verfassung stehen oder daß ein Gesetz über den christlichen Charakter des Staates erlassen werden soll. Dann käme die Sache sofort auch in die Hände der Polizei und die Polizei müßte nachprüfen, ob der einzelne nun auch diese verfassungsrechtliche Bestimmung beachtet (Heiterkeit). Wir haben in der Vergangenheit gelegentlich solche Zeiten gehabt und wir wollen nicht, daß diese Zeiten wiederkehren. Der christliche Charakter des Staates braucht in der Tat nicht durch eine Gesetzesformel festgelegt zu sein, sondern er ist festgelegt und begründet — wie ich neulich gesagt habe — dadurch, daß 90 oder 95 Proz. unserer Bevölkerung Christen sein und bleiben wollen und den Willen haben, daß sie in einem christlichen Land, in einem christlichen Volk leben. Das ist ein viel sicherer Untergrund als etwas, was mit Tinte auf Papier geschrieben oder mit Druckerschwärze auf Papier gedruckt wird (Abg. Klaiber: Sehr richtig!). Aber das habe ich ja neulich ebenfalls, genau wie Herr Dr. Föhr, ausdrücklich gesagt: daß dieser christliche Charakter des Staates sich auswirken soll in seiner Gesetzgebung und auch in seinen verwaltungsmäßigen Maßnahmen, und das ist ja auch der Fall. Ich erinnere nur daran, daß die Schulgesetzgebung eine Gesetzgebung des Staates ist, und in der Schulgesetzgebung ja amtlich dem Religionsunterricht sein Platz eingeräumt ist. Das würde der Staat nicht getan haben, wenn er nicht ein christlicher Staat wäre.

Es hat in diesem Zusammenhang der Abg. Dr. Föhr sehr viel gesprochen von dem Staatsmonopol und von den Monopolbestrebungen des Staates. Ich halte das für einen unglücklichen Ausdruck, durch den die Sache in ein schiefes Licht kommt. Ich kann mir wohl denken, daß der Staat ein Salzmonopol, ein Tabakmonopol hat (Heiterkeit); aber es gibt auch recht viele Dinge, Werte, die lassen sich nun nicht in einen Sack hineinstopfen, und den Sack kann man dann nicht zubinden: Werte, Dinge, die aber auch der Staat in seine Hand und in Angriff nehmen muß. Der Staat kann von der Rücksichtnahme auf gewisse Belange, gerade auch auf die geistigen und kulturellen, nicht absehen; er kann nicht davon absehen, auch sie zu behandeln. Ich bin der Meinung — und in dieser Hinsicht glaube ich mich allerdings etwas mit meinem Gegenüber, dem Herrn Vorredner, zu berühren — daß der Staat eine etwas größere Aufgabe hat, als nur der Geldbeutel zu sein für bestimmte Unternehmungen, sondern daß er sich mit diesen Dingen, mit diesen Werten geistiger und sittlicher Art, auch innerlich nach ihrem Wesen und Wert befassen darf und befassen muß. Ich möchte nicht — ich will das ausdrücklich einmal sagen —, daß, wenn der Staat sich auf dem Gebiet der Kultur, der sittlichen und der geistigen Fragen regt, dann gleich der Vorwurf erhoben wird, es werde Kulturkampf getrieben. Meine verehrten Herren vom Zentrum, Kulturkampf ist etwas ganz anderes, und ich will

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

darüber doch einmal ein Wort sagen. Wenn der Staat sein Recht, seine Hoheit wahrt, so ist das nach unserer Meinung dann noch kein Kulturkampf. Erinnern Sie sich, wer das böse Wort von dem „Kulturkampf" erfunden hat! Das ist geschehen durch einen Gelehrten (Abg. Dr. Föhr: Virchow!) — ganz richtig! — durch einen Gelehrten, der als Gelehrter einen großen Namen hat — als Politiker meines Erachtens aber einen sehr kleinen —, und der auch heuzutage weder hier (auf die Plätze der Bürgerlichen Vereinigung deutend) noch hier (auf die Plätze des Zentrums deutend), sondern drüben bei den Demokraten oder Sozialdemokraten nach seiner politischen Einstellung sitzen würde. Es ist dann dieses Wort wesentlich doch von der Sozialdemokratie aufgenommen worden; sie hat seinerzeit Kulturkampf getrieben; ich weiß nicht, ob sie heute noch gewillt sein wird, Kulturkampf zu treiben. Vor allem aber ist diese böse Sache getrieben worden von gewissen Zeitungen vom Schlage des „Berliner Tageblatt" (Zuruf). Jawohl! Sie werden alle wissen, in welch gehässiger Weise in jenen Blättern in den siebziger Jahren Kulturkampf getrieben worden ist, nicht nur gegen die katholische, auch gegen die evangelische Konfession, das evangelische Bekenntnis. Aber ich meine, man sollte unter diese Dinge endlich einmal einen Strich machen, wenigstens insofern, als man immer und immer wieder den vergangenen Staat beschuldigt. Er hat seine Fehler gemacht, und er hat für diese Fehler gewiß auch seine Strafe bekommen. Aber bestreiten kann man nicht, daß im Deutschen Reich, soweit wir lebendige Erinnerungen haben, doch die Konfessionen wirklich ihres Glaubens und im Frieden leben konnten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), besser als anderswo. Möchte einer von uns mit Frankreich, möchte einer von uns mit Italien tauschen (Sehr richtig! — Abg. Dr. Schofer: Vielleicht nicht mit Mexiko! — Heiterkeit). In Mexiko aber gibt es meines Wissens weder Nationalliberale noch Deutschnationale und Konservative (Abg. Dr. Schofer: Aber Kulturkämpfe gibt es, wie in Deutschland und in Baden ist auch Schwarzwild ausgehauen worden! — Heiterkeit). In den Zeitungen! (Abg. Dr. Schofer: Nein, in Wirklichkeit! Diejenigen, welche die Prügel bekommen haben, wissen es!). Verehrter Herr Kollege, wir beide haben denselben Beruf, Sie als katholischer und ich als evangelischer Geistlicher; aber Sie werden zugeben, Hand aufs Herz, ganz ohne Fehler sind wir auch nicht! (Große Heiterkeit. — Zuruf des Abg. Dr. Schofer: Aber deswegen braucht man einen nicht gleich ins Loch zu setzen! — Erneute Heiterkeit). Ich erkenne sehr gerne an, daß Herr Dr. Föhr gestern, ohne den Abstand zwischen ihm und mir zu unterdrücken oder zu verbergen, sich ernst und eindringlich bemüht hat, mich zu verstehen, und ich schöpfe daraus die Hoffnung, daß solche Verständigungen auch weiterhin immer möglich sein werden.

Dieses gute Zeugnis — ich möchte fast sagen: Führungsattest — kann ich den Herren von der Demokratie leider nicht erteilen (Heiterkeit. — Abg. Dr. Wolfhard: Wir sind geknickt . . .). Warten Sie nur einmal! Es ist aus Anlaß der kürzlich stattgehabten Wahlen zur evangelischen Landessynode ein Flugblatt erschienen, in dem wieder ausgesprochen ist, daß wir Deutschnationalen nicht für die Simultanschule seien, sondern ihr irgendwie im Weg stünden, feindlich gegen sie seien, sie nicht wollten usw. Trotz wiederholter ausdrücklicher und bestimmter Erklärungen von unserer Seite hat man gewagt, dies wieder zu behaupten und so draußen die öffentliche Meinung zu vergiften und den Sachverhalt zu entstellen (Zuruf des Abg. Dr. Wolfhard). Es ist das in einem Flugblatt geschehen, in dem der Heidelberger Oberlehrer Hofheinz zur Wahl empfohlen worden ist (Heiterkeit).

Und damit bin ich dabei angelangt, mich mit einzelnen Titeln der Hauptabteilung V zu beschäftigen.

Was die Organisation des Kultusministeriums betrifft, so bin ich jetzt noch der Meinung, daß das Kultusministerium eine so ausgedehnte Tätigkeit zu entfalten, namentlich aber auch einen so großen Personalbestand zu betreuen hat, daß es ganz gut zwei Ministerialdirektoren ertragen könnte. Wenn daraus dann die Folgerung für andere Ministerien, also für das des Innern, gezogen wird, so müssen wir eben dieser Folgerung dann mit ruhiger Erwägung gegenübertreten. Ich will gerne zugeben, daß man nicht wegen der Losung sparsamer Verwaltung, sondern unter den heutigen gedrückten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen von einer reicheren Ausstattung der Ministerien ganz gewiß zunächst einmal absehen muß. Dann aber stehe ich allerdings auf dem Standpunkt: wenn schon nur ein Ministerialdirektor da ist — der ja in bestimmten Fällen der Vertreter des Ministers ist —, dann auch dieser Ministerialdirektor für das ganze Ministerium (Sehr richtig! beim Zentrum).

Auf die Personenfragen im Ministerium des Kultus und Unterrichts will ich heute nicht eingehen; ein oder das andere Wort wird, wenn wir das Finanzministerium behandeln, das ja zugleich auch das Beamtenministerium ist, von uns schon noch zu sagen sein. Ich will nur sagen, daß unter den Wünschen, die uns aus dem Bereich der nachgeordneten Beamten des Kultus- und Unterrichtsministeriums entgegengetragen worden sind, eine ganze Anzahl ist, die zweifelsohne berechtigt sind und mit großem Ernst von uns erwogen werden müssen. Das soll ja im Spätjahr geschehen. Aber für jetzt kann ich namens meiner Fraktion sagen, daß wir den Positionen, die die Regierung in den Voranschlag eingestellt hat, und die jetzt vom Haushaltsausschuß nach dem ursprünglichen Voranschlag der Regierung empfohlen werden, unsere Zustimmung geben werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch noch mit einem Wort zurückkommen auf das Volksschullesebuch, ein großes Werk, das jetzt fertiggestellt ist. Es wäre merkwürdig und würde Ihre eigene Verwunderung hervorrufen, wenn ich nicht sagte, daß wir natürlich an diesem Buch das und jenes, zum Teil auch recht Gewichtiges auszustellen haben. Aber im großen ganzen erkennen wir in diesem Buch eine sehr fleißige und sorgfältige Arbeit, und ich stimme ganz dem zu, was gestern von einem der Herren — ich glaube von dem Herrn Berichterstatter — gesagt worden ist: Es ist ein Buch, das sich allerdings nach seiner ganzen Anlage und seinem Inhalt auch als Hausbuch empfiehlt, wie es ja überhaupt wünschenswert ist, daß der der Schule entronnene Mensch auf die Schule nicht zurückschaut als auf eine Sache, der er nun glücklich entronnen ist, sondern auf etwas, dem er entwachsen ist, in dem er aber die Wurzeln seiner Entwicklung sieht, mit denen er gerne in Zusammenhang bleibt und immer wieder die Kenntnisse, die er dort hat sich aneignen können, auffrischt.

Ich will über unsere Schulen weiter nichts sagen. Gelegentlich der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes ist ja über Pädagogik und Unterricht des Langen und Breiten gesprochen worden. Ich will mich darauf beschränken, zu betonen: Die Schule ist zum Erziehen und zum Unterrichten, mit anderen Worten zum Erzogenwerden und zum Lernen da, und Erziehen und Lernen das sind Tätigkeiten, die Fleiß und Mühe beanspruchen. Gewiß, Sport und Spiel sollen auch in der Schule gepflegt werden, Sport und Spiel schon um der Abwechslung und Erholung willen gegenüber der einseitigen Inanspruchnahme des Kopfes, des Gehirns. Aber auch Sport und Spiel sollen unter dem Gesichtspunkt des Zweckes und der Aufgabe der Schule gepflegt werden, nämlich zur Erziehung und zum Unterricht, zum Lernen, und man soll nicht meinen, daß man Erziehung und Un-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

terricht, daß man die Schule als Spiel betreiben könne. Es heißt ja allerdings, es wird spielend gelernt; aber nicht, indem man spielt, sondern, indem das Lernen leicht gemacht wird. Das ist ja die Kunst der Pädagogik, die nicht durch Redensarten erfüllt wird.

Was die Hochschulen betrifft, so bin ich der Meinung, daß man ihnen ihre eigenartigen Rechte und Freiheiten nach Möglichkeit belassen sollte. Es ist nicht so, wie wir heute gehört haben, als ob die Hochschulen nicht wüßten, was das Volksganze für sie tut; dessen sind sich die Professoren und — ich darf hinzufügen, ich bin etwas bekannt in den Kreisen auch der Studenten — auch die Studenten jederzeit bewußt, und wenn vorhin gesagt worden ist, es gäbe Lehrer, die auf der Universität den Geist des Hochmuts pflegen, und wenn gesagt worden ist, daß die Akademiker sich brüsten, Führer des Volkes vielleicht gar schon zu sein, so möge man mir einmal die akademischen Lehrer zeigen, die den Geist des Hochmuts auf der Universität pflegen. Ich habe nie einen solchen kennengelernt oder gehört, wenn ich auch zugebe, daß es vielleicht einmal einen Professor gibt, der ein bißchen eingebildet ist. Nun ja, menschliche Fehler finden sich auch bei Professoren, und was die Studenten betrifft, so fühlen sie sich und sollen sich fühlen als Lernende, und wo sie etwa diese Grenzen überschreiten, werden sie heutzutage genügend getupft. Im übrigen, wenn man ihnen klarmacht, daß sie einmal Führer des Volkes sein werden, so ist das meines Erachtens ganz richtig. Schauen Sie doch in Ihre eigenen Reihen. Unter Ihren eigenen Führern befinden sich wesentlich Akademiker. Die jungen akademischen Bürger sind dankbar für das, was das Volksganze tut durch die kostspieligen Einrichtungen der Universitäten. Die Hochschüler sollen wissen, daß sie später einmal ganz besondere Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen haben, daß sie an exponierte Stellen treten müssen. Ich erinnere an ein Wort, das einer Ihrer führenden Männer, Hilferding, einmal gesagt hat, daß es heutzutage in Deutschland eigentlich nur noch eine Gruppe von Menschen gibt, die wirkliche Ideale hätten, das seien die Studenten.

Im einzelnen möchte ich sagen, daß wir den Forderungen für den Neubau der Klinik in Freiburg zustimmen werden. Nach der Einsichtnahme der Verhältnisse in Freiburg hat man sich davon überzeugt, daß der Zustand, wie er dort in den Kliniken besteht, kein haltbarer mehr ist. Es ist ein großer Aufwand, den der badische Staat leistet, aber ich darf doch wohl sagen, daß dieser große Aufwand bei der gemeinnützigen Bedeutung, die die Kliniken haben, mindestens dem Bevölkerungsteil in jener Gegend und insofern unmittelbar der Allgemeinheit zugute kommt. Ich möchte hier ein Wort sagen über die sogen. weltanschaulichen Professuren, obgleich gestern von Ihnen darüber nicht, aber bei früheren Gelegenheiten öfters davon geredet worden ist. Man versteht bekanntlich unter Weltanschauungsprofessuren die Entfaltung der akademischen Lehrtätigkeit auf dem Boden eines kirchlichen Bekenntnisses, also sagen wir einmal katholischerseits auf dem Boden des Tridentinums und des Vaticanums, evangelischerseits auf dem Boden des Apostolikums oder der Augustana oder — weil man auf unserer Seite in diesen Dingen — wie will ich sagen — immer etwas weitläufiger und unbestimmter redet: auf dem Boden des Evangeliums. Man hat sich auf evangelischer Seite bisher dieser Forderung der weltanschaulichen Professuren noch nicht angeschlossen; vielleicht kommt man noch dazu, weil man dazu gezwungen wird. Ich will nur sagen, daß ich für diese Forderung ein sehr gutes Verständnis habe. Sie ist hervorgerufen worden durch den Gegensatz und eine gewissermaßen notwendige, erzwungene Reaktion gegen eine Entwicklung unseres Geisteslebens, die natürlich denjenigen, die auf dem Boden des Christentums stehen, gleichviel welcher Konfession, mindestens bedenklich erscheinen mußte. Ich weise darauf hin, daß der sogenannte Geschichtsmaterialismus doch weite Kreise unseres Volkes, auch unsere Gelehrten ergriffen hat, daß wir es mit einem weitverbreiteten sehr alten Skeptizismus, einem sehr öden Positivismus zu tun haben, und daß auch der Materialismus in die Kreise der Wissenschaft und der Gelehrsamkeit eingedrungen ist.

Sie erinnern sich alle miteinander der Kämpfe, die um den Jenaer Hochschulprofessor Haeckel ausgeführt werden mußten. Aber gerade diese Episode in der Geschichte unseres deutschen Geisteslebens gibt mir doch auch das Recht, darauf hinzuweisen, daß es immer wieder auch die Wissenschaft selber ist, die reagiert gegen gewisse einseitige oder falsche, verkehrte Entwicklungen. Ich darf darauf hinweisen, daß wir doch unter unseren Professoren — es sind allgemein nicht diejenigen, die das meiste Geschrei machen, aber diejenigen, die doch eine große und gesegnete Wirksamkeit entfalten — aller Fakultäten recht viele ganz überzeugte Christen haben, die auch in ihrer Wissenschaft durchaus den christlichen Standpunkt einnehmen. Ich erinnere nur an Männer wie Paulsen, an Kulpe, Eucken u. a. Ich darf vielleicht auch, um zu zeigen, daß das Wort von den Juristen, die schlechte Christen seien, doch nicht ganz richtig ist, auf den verstorbenen Professor der Rechtswissenschaft Hilty in der Schweiz, der aber doch Deutscher ist, hinweisen. Ich gebe gerne zu, daß etwas Nachhilfe dieser korrigierenden und reagierenden Bewegung gar nichts schadet, und von diesem Gesichtspunkt aus würdige ich auch die Forderung der weltanschaulichen Professuren. Aber ich glaube, es ist notwendig, ausdrücklich zu sagen, daß diese Forderung beschränkt werden muß. Man dehnt sie ja erfreulicherweise bis jetzt wenigstens nicht so weit aus, daß sämtliche Fakultäten und Lehrstühle unter sie gestellt werden müßten. Man kommt hoffentlich auch niemals dazu, so weit zu gehen. Wohl aber ist folgendes ins Auge zu fassen.

In der Lebensarbeit mittelalterlicher Denker liegen zweifelsohne noch große Schätze der Erkenntnis und der Einsicht beschlossen, die noch nicht gehoben sind. Man ist seit einigen Jahren sehr ernst und eifrig dabei, diese in alten Behältern und kaum lesbaren Bücher vergrabenen Schätze jetzt zu heben. Daß das in erster Linie durch solche Männer geschieht, die sich diesen alten Schriftstellern und Denkern innerlich auch nahefühlen, das ist nicht mehr als selbstverständlich, und darum bin auch ich der Meinung, man soll diese Männer, vielleicht mehr als bisher geschehen — warum es nicht geschehen ist, kann ich hier nicht untersuchen, vielleicht sind sie auch selbst etwas schuld daran durch eine gewisse Zurückhaltung —, man soll diesen Männern den Weg zur wissenschaftlichen Arena eröffnen, ohne daß man deswegen meint, daß die Erforschung dieses geistigen Gebietes und Besitzes konfessionell abgegrenzt zu werden brauchte. Man soll das tun. Es wird dann die wissenschaftliche Arbeit dadurch befruchtet werden, und es wird das Wort Hegels seine Bestätigung finden, daß die Geschichte, auch die Geschichte der Wissenschaft, der Fortschritt ist im Bewußtsein der Freiheit.

Ich komme jetzt mit einem Wort zurück — es ist gestern sehr lange darüber geredet worden — auf den Fall Degen, der ja gestern — man könnte fast sagen — ich glaube zwar nicht, daß es Absicht des Herrn Dr. Föhr war —, daß dieser Fall Degen umgeformt worden ist zu einem Fall Hoche. Ich kann mich der Methode, die hier getätigt worden ist, nicht anschließen. Sie bestand darin, daß man aus den Akten und Urkunden allerlei verlas und dann solches angehängt hat, was an Prof.

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

Hoche hängen blieb. Ich möchte folgendes betonen, was den Professor Hoche selbst betrifft. Er ist zweifellos in erster Linie als Lehrer und Forscher berufen worden, und seine Zeit wird damit ausgefüllt; deswegen kommt er aber seinen Pflichten als Leiter der Klinik doch nach. Sein Wort, das erwähnt worden ist und, wenn ich recht beobachtet habe, einigen Unwillen hervorgerufen hat, „er könne sich nicht um jeden verblödeten Epileptiker kümmern", ist aus dem Gesichtspunkt zu verstehen, daß seine Zeit durch Lehren und Forschen ausgefüllt ist. Ein verblödeter Epileptiker ist ein abgeschlossener Fall, der keinen gelehrten Psychiater braucht, sondern einen treuen Wärter oder eine Wärterin, und dafür bezahlen wir einen Mann wie Hoche nicht. Er ist ein Mann von europäischem Rufe, er hat einen Namen in der ganzen Welt. Das soll man berücksichtigen. Ich berufe mich gegenüber dem, was vorgeführt worden ist, auf eine Kundgebung, die offiziösen Charakter hat und in den Zeitungen erschienen ist, wo es heißt:

„Eine in mühevoller Arbeit durchgeführte, auf eidlicher Grundlage beruhende Disziplinaruntersuchung ergab die Haltlosigkeit der Anklage."

Nachher ist dann die Rede von allerlei organisatorischen Veränderungen. Ich könnte dazu zitieren: „Es rast der See, er will sein Opfer haben." Ich möchte aber folgendes feststellen: Diese Untersuchung ist geführt worden unter Leitung und Aufsicht des Herrn Ministers des Innern. Soviel ich weiß steht politisch und weltanschaulich Herr Hoche dem Herrn Minister Remmele nicht besonders nahe, er gehört auch nicht seiner Partei an; um so viel mehr wert ist, daß im Ministerium des Kultus und Unterrichts dieses freisprechende Urteil über Professor Hoche und seine Tätigkeit ausgesprochen worden ist.

Der Herr Vorredner hat vorhin allerlei Ausfälle und kritische Bemerkungen über die Universitäten und Studenten gemacht. Ich will nicht weiter darauf eingehen. Ich möchte eines aber sagen. Wir sind alle miteinander einmal jung gewesen, und wenn uns etwas wohl getan hat, war es das, daß unsere Alten Vertrauen zu uns gehabt haben; haben Sie zur akademischen Jugend auch Vertrauen.

Ein Wort über das Karlsruher Theater: Der plötzliche und tragische Todesfall des Generalmusikdirektors Wagner hat uns ja alle erschüttert. Er war — ich kann als nicht Sachkundiger auf diesem Gebiete nur auf das Urteil mich berufen, das andere, sachkundige Leute fällen —, er war ein hochgebildeter Künstler und stand in den Jahren, in denen der Mensch noch entwicklungsfähig ist, es war also noch Größeres von ihm zu erwarten. Nun aber, nachdem der Tod das Verhältnis zwischen ihm und dem badischen Lande gelöst hat, wird es an der Zeit sein, die wirtschaftlichen und finanziellen Lehren aus dieser Episode zu ziehen. Es ist beachtenswert, daß die Klagen nicht gegen das Schauspiel und den Leiter des Schauspiels gehen, darüber höre ich allenthalben nur Äußerungen der Zufriedenheit, sondern gegen die Oper. Es scheint dreierlei zu sein, was dem kunstverständigen und kunstliebenden Publikum Anlaß zur Klage gibt. Erstens der Spielplan, zweitens die Verpflichtung von Solokräften, bei der mit einer gewissen Üppigkeit verfahren wird, die man nicht billigen kann, drittens das Einvernehmen mit den ausübenden Künstlern. Gewiß, der Dirigent zieht sein Orchester und die Sänger zu einer Höhe der Kraftentfaltung empor, von der sie nicht geglaubt haben, daß sie dazu fähig seien, aber schließlich, was ist der beste Dirigent ohne die Künstler auf dem Instrumente, ohne die Künstler mit der Stimme. Das gute Einvernehmen ist ungemein wichtig, und es scheint nicht immer vorhanden gewesen zu sein. Es wird Sache der Regierung sein, bei der Neuordnung der Dinge zu sorgen, daß hier Maß gehalten wird, vor allem Maß in den finanziellen Auswirkungen. Die Karlsruher Theaterfrage ist eine Angelegenheit des Landes, aber sie ist jetzt eine besonders ernste dadurch geworden, daß man nun von allen Seiten die Forderungen anderer Städte hört: wir wollen auch Unterstützung für unsere Theater. An sich betrachtet haben in der Tat Mannheim, Heidelberg und Freiburg ebensogut unter den heutigen Verhältnissen ein Recht auf die allgemeinen Mittel Anspruch zu erheben, wie Karlsruhe. Das Vorrecht Karlsruhes ist moralischer Art, es beruht in der Tradition und der Pietät. Der Staat, der die Zivilliste geerbt hat, muß in den Grenzen, die früher bestanden, seine Pflicht gegen das Karlsruher Theater fortsetzen, jedenfalls nicht über diese Grenzen hinaus. Unter den heutigen bedrängten wirtschaftlichen Verhältnissen wäre er nicht zu tadeln, wenn er unter den früheren Grenzen sich hielte und wenn diese Forderung aufgestellt wird, wird sie wohl zu beachten sein.

Nun komme ich noch auf ein Kapitel der Kunst, über das ich etwas ausführlicher reden muß, es betrifft die Betreuung der Kunst, die dem Ministerium des Kultus und Unterrichts obliegt durch die Position in Titel IV § 32.

Ich muß bei diesem Titel etwas länger verweilen. Er betrifft die Kunstschule, und Sie müssen mir gestatten, daß ich einige grundsätzliche Worte vorausschicke. Goethe sagt einmal, daß die „Kunst der Dolmetsch sei der Natur". Denkt man dieses Wort Goethes nach, gerade in dem Sinn, den Goethe in das Wort Natur gelegt hat, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Kunst die Aufgabe hat, das Bleibende, das in alle Zeiten sich Bewährende, das Ewige, darzustellen. Ich weiß sehr wohl, daß so wenig wie die Wissenschaft sich die Kunst in den Zwang des Gesetzes, unter das Joch von Verordnungen bringen lassen kann, aber sie hat sich nach den ewigen Gesetzen ebenso gut zu richten, wie jede andere Betätigung des menschlichen Geistes. Sie kann Moden mitmachen, sie ist gewiß der Geschichte unterworfen, aber sie hat Bleibendes, sie hat Ewiges zu schaffen, sie muß sittlichen Inhalt, sie muß sittlichen Charakter haben. Es gilt hier das andere Wort von Schiller, daß insofern „die Kunst die höchste Betätigung des menschlichen Geistes sei". Sie muß einen Blick haben nicht für das und jenes, sondern für die Werte, ich meine für die absoluten Werte. Wenn ich von hier aus die Produktionen betrachte, die die Lehrer unserer Kunstschule vor einiger Zeit dem Publikum zur Ansicht und zur Kritik vorgestellt haben, so kann ich nicht finden, daß die Grundsätze, die für die Kunst gelten, da beobachtet und erfüllt seien. Ich sage nicht, daß diese Produktionen häßlich seien und schlecht und unsinnig, denn man könnte mir dann antworten, daß diese Künstler eben jenseits von Gut und Böse, jenseits von Schön und Häßlich, jenseits von Sinnvoll und Unsinnig stehen, und daß der Künstler eben diesen jenseitigen Standpunkt — es scheint mir aber sehr diesseitig zu sein — (Heiterkeit) einzunehmen habe. Ich sage auch nicht, daß da keine Gabe und keine Veranlagung vorhanden sei, man könnte mich darauf verweisen, daß hier eine treffliche Zeichnungskunst sich entfalte, dort ein Gefühl für Lichter und Farben; auch der Witz, selbst der Humor fehlt nicht. Aber alles in allem, was da geboten ist, ist an dem Maßstab des Ewigen, des Bleibenden und Bewährten gemessen, eben unzulänglich, unausgegoren, unfertig und kraftlos und darum hinfällig und vergänglich im sittlichen Sinne des Wortes. Aus grauer Vorzeit hat man bekanntlich in den damals bewohnten Höhlen oder auf der Oberfläche von rohen Werkzeugen und Waffen uralte Zeichnungen, zum Teil koloriert, entdeckt, die das Ent-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

zücken unserer Altertumsforscher hervorrufen. Es scheint, daß man zu jenen längst vergangenen Zeiten und primitiven und unbeholfenen Anfängen der Kunst wieder zurückkehren will. Wir haben bisher gemeint, daß es ein Fortschritt sei, den man gemacht habe in der Anwendung der Perspektive in der Malerei, und daß der Kunstmaler genötigt sei, die Gesetze der Perspektive nicht nur zu kennen, sondern sie auch anzuwenden. Wir haben bisher gemeint, es sei ein Unterschied zwischen Öldruck und Ölgemälde, zwischen photographischer und künstlerischer Produktion, zwischen Abziehbildern und Malerei. Es scheint das nicht der Fall zu sein. Es wäre gut, wenn in der Richtung auch die Regierung ihre Aufmerksamkeit anwenden und einen gesunden Einfluß ausüben wollte.

Dem Wort, von dem ich ausging, dem Goetheschen Wort, muß ich ein weiteres hinzufügen: Die Kunst soll läutern, soll erheben. Das kann sie aber nur, wenn sie in dem von mir bezeichneten Sinne Dolmetsch der Natur ist. So ist der Künstler also auch Lehrer und Führer des Volkes, aber ein bekanntes Wort sagt: Nicht jeder Mann unterwinde sich, ein Lehrer zu sein. Damit bin ich von der Kunst zu den Künstlern gekommen. Ich möchte da zwei Wünsche aussprechen, an die Künstlerschaft selbst gerichtet. Sie selber möge sich viel mehr, als sie es offenbar tut, einer Selbstkritik unterziehen, und ferner möchte ich wünschen, daß die Künstlerschaft bewahrt bleibe vor der Inflation durch ein Kunstproletariat. Die Vereinigung der Kunstgewerbeschule mit der Akademie der Künste, wie wir sie seit einiger Zeit haben, scheint mir in der Richtung nicht glücklich zu wirken. Aus dem Munde von Künstlern selbst habe ich diese Maßnahme beklagen hören, gerade im Hinblick darauf, daß dadurch eine Menge von halbfähigen, ja künstlerisch betrachtet, in Wirklichkeit ganz unfähigen Leuten herangezogen werde. Aber die Künstler haben auch als Menschen ein Recht, beachtet zu werden. Es fällt mir nicht ein, alle Künstler über einen Kamm zu scheren. Aber allen miteinander gebe ich zu, daß sie unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse schwer zu leiden haben. Künstler von Namen, Künstler von großer Bedeutung sehen sich heute in der mißlichsten wirtschaftlichen Lage. Man sagt wohl, die Kunst soll nicht nach Brot gehen. Aber der Künstler braucht eben doch des Brotes. Und wenn die Künstler eben im Umfang ihrer Tätigkeit Führer und Lehrer des Volkes sind, so muß andererseits das Volk auch die Künstler tragen und erhalten können. Ich bedauere, daß in unserem Etat dafür nur eine sehr kleine Position hat eingestellt werden können. Eine Position, zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Aber um so mehr möchte ich einen Apell richten an Gemeinden und Private, wo irgend man es kann, unserer deutschen Kunst zu gedenken und sie zu unterstützen. Es sollte nicht geschehen können, daß für zweifelhafte Wandteppiche Geld ins Ausland gegeben wird in einem Betrag, mit dem man viele deutsche Künstler hätte unterstützen können. Auf dem Wege, daß das deutsche Volk sich ihrer auch materiell annimmt, läßt sich die deutsche Kunst und die deutsche Künstlerschaft in gesunder Weise beeinflussen und läßt es sich erreichen, daß die deutsche Künstlerschaft in der Lage ist, ihre Aufgabe zu erfüllen und das deutsche Gemüt zu pflegen.

Damit komme ich zum Schluß: Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat ein sehr weites Gebiet zu betreuen. Nicht zu allen Zeiten hat alle diese Dinge, die in das Gebiet des Kultus und Unterrichts fallen, der Staat in die Hand genommen; manches blieb der zufälligen Initiative der Fürsten und ihrer Höfe überlassen, es sei denn der Monarch etwa und sein Hof, insofern sie aber als Spitze des Staates gegolten haben. Aber im Laufe der Zeit hat sich der Staat immer mehr den Angelegenheiten der Kunst und der Wissenschaft, des Unterrichts und der Bildung zuwenden müssen. Zunächst einmal schon aus wirtschaftlichen Erwägungen, denn wer will diese Dinge tragen, die so großen Aufwand verlangen, wenn sie nicht der Staat trägt. Man sagt wohl, daß die Kirchen oder Privatorganisationen dazu bereit und fähig seien, die großen Belange der Kultur und Bildung, des Geisteslebens zu tragen und zu pflegen. Ja gewiß, aber umsonst werden sie es auch nicht tun können, Geld müssen sie auch haben, und holen müssen sie auch irgendwoher das Geld. Niemand kann es leichter und sicherer holen als der Staat. Er soll aber nicht nur der Geldbeutel für diese Dinge sein; er muß auch effektiv mitwirken. Im Blick auf die Volksschulen nicht nur, sondern im Blick auf alle Schulen, im Blick auf unsere Kunst und Wissenschaft, auf das ganze Gebiet der geistigen Bildung und Kultur wollen wir, daß das deutsche Volk sagen könne: Das sind meine Schulen, das ist meine Kunst, das ist meine Wissenschaft, die deutsche Wissenschaft, das ist die deutsche Kultur. Und darum liegt hier eine positive Aufgabe des Staates vor. Aber freilich, der Staat hat sich auf diesem Gebiet mit großer Umsicht zu bewegen, denn diese Dinge, die der Staat da in die Hand nimmt, sind andererseits zweifelsohne auch zugleich die allerpersönlichsten und müssen darum mit einer gewissen Zartheit und einer großen Umsicht angefaßt werden. Der Staat soll froh und dankbar sein für alle Hilfe, die von außen her, möchte ich also sagen, ihm entgegenkommt. Ich denke da in erster Linie, was die Pflege des geistigen Lebens unseres Volkes betrifft, an die Kirchen. Aber es muß und wird dem Staat gelingen, hier immer den rechten Weg zu finden, wenn er nur nicht übersieht, daß Wissenschaft und Kunst, alle Bildung und Kultur, auch ein Wesen und ein Leben für sich, ein Eigenleben, haben. Möge es dem Staat allezeit gelingen — auch dem armen Staat —, ein Kulturfaktor zu sein zum Kulturfortschritt (Beifall rechts).

Minister des Kultus und Unterrichts **Remmele**:

Der Herr Abg. Dr. Föhr hat sich gestern nach dem Schicksal des Kirchenvermögensgesetzes erkundigt. Dazu kann ich folgendes mitteilen: Der Entwurf für dieses Gesetz lag bereits dem Staatsministerium vor. Im Hinblick auf den Umstand, daß eine Möglichkeit, dieses Gesetz in diesem Sommer, insbesondere im Anschluß an die Auseinandersetzung über das Lehrerbildungsgesetz und den Etat noch zur Erledigung zu bringen, nicht bestand, wurde dieser Entwurf von mir wieder zurückgezogen. Ein Grund hierfür spielte auch noch mit, es hat sich nämlich mittlerweile nach bestimmten Beobachtungen meinerseits für mich die Notwendigkeit herausgestellt, diesen Entwurf noch einmal durchzusehen. Der Herr Direktor des Ministeriums ist mit mir der Meinung, daß wir uns nach den Ferien über die in Frage stehenden Angelegenheiten noch einmal unterhalten. Wenn alles gut geht, werden wir beim Wiederzusammentritt des Landtags die Möglichkeit haben, dem Landtag diesen Gesetzentwurf vorzulegen.

Es ist gestern von dem Jubiläum der Simultanschule gesprochen worden. Als der Lehrerverein vor wenigen Monaten dieses Jubiläum feierte, wurde in der Öffentlichkeit das Fehlen eines Vertreters des Ministeriums beanstandet; es wurden auch sonst Bemerkungen daran geknüpft. Ich will hierzu bemerken, daß ich Auftrag gegeben habe oder, besser ausgedrückt, Anlaß genommen habe, die Herren des Ministeriums zu ersuchen, auf den tatsächlichen Termin des Jubiläums, das

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Kultus und Unterrichts **Remmele**)

ist der 18. September, in irgendeiner Form dieses geschichtlichen Ereignisses zu gedenken, selbstverständlich nicht in Form einer Feierlichkeit, aber in der Art schriftstellerischer Arbeit.

Gegenstand der Besprechung war gestern und heute der Vorgang mit dem Realienbuch gewesen. Ich habe zu dieser Frage folgendes zu bemerken: Das Realienbuch ist, nachdem wir die Vorgänge festgestellt haben, mit Erlaß vom 23. ds. Mts. für den Unterricht in der Volksschule verboten worden. Die erste Ausgabe, so sagen wir in unserem Erlaß, deren Einführung nur von zwei Stadtschulämtern genehmigt war, enthält in dem geschichtlichen Teil, wie der Verfasser Jungmann mit Schreiben vom 27. März 1926 an das Ministerium selbst erklärt hat, sachliche Unrichtigkeiten. Das erzbischöfliche Ordinariat hat darauf hingewiesen, daß geschichtliche Partien des Buches als der historischen Wahrheit widersprechend von überzeugten Katholiken als teilweise verletzend abgelehnt werden. Eine ähnliche Äußerung liegt aus Lehrerkreisen vor. Bedeutsame, zum Verständnis der Gegenwart wichtige Fragen sind im Vergleich zu kriegsgeschichtlichen Begebenheiten nicht gebührend berücksichtigt. Auch die neue, infolge der ersten Beanstandung erschienene Ausgabe entspricht vor allem deshalb nicht den zu stellenden Anforderungen, weil staatsgeschichtliche Ursachen und wirtschaftsgeschichtliche Tatsachen der neuesten Zeit nicht die nach Maßgabe des Unterrichtsplans für die Volksschule erforderliche Würdigung erfahren haben.

Um nun dem Hohen Haus neben dem, was bereits in der Presse und auch gestern von dem Herrn Abg. Dr. Föhr hier an Strichen mitgeteilt worden ist, noch ein Beispiel zu geben, weswegen wir uns zu dem Verbot veranlaßt gesehen haben, möchte ich nur auf zwei Striche hinweisen, die uns und insbesondere mir, dem Minister, den Gedanken nahe gebracht haben, daß diese Striche nicht ohne eine politische Tendenz erfolgt sein müssen. Auf Seite 210 und 211 ist eine Abhandlung und zwar der alten Ausgabe von 1925, die Abhandlung einer Reise in der guten aten Zeit, enthalten. In dieser Abhandlung wird die Postkutsche behandelt, und zwar um die Zeit von 1816 herum, und da kommt eine Partie folgenden Inhalts vor: „Wenn der schwere Postwagen die Zaberner Steige herunterrollte und im Vorblick das Straßburger Münster in den Himmel ragte, da umdüsterte sich das Gesicht des Reisenden immer mehr. Jeder wußte, die beste Fahrt liegt hinter mir; solch gutgepflegte Steinstraßen wird es jenseits des Rheins nicht geben." Und nun kommt eine Stelle, die gestrichen worden ist: „Die kleinen Fürsten stecken immer nur den Zoll für Pferde, Wagen und Waren ein, doch für die Herstellung der Straßen tun sie herzlich wenig." Der Satz ist in der neuen Herausgabe gestrichen worden. Und in derselben Abhandlung, in der dann von Zollrevisionen die Rede ist, kommt der Satz vor: „Die deutschen Fürsten wollen auch gar keine Opfer bringen für ihre Einheit und ihr Vaterland." Auch dieser Satz ist in der neuen Ausgabe gestrichen. Wir müssen berücksichtigen, daß es sich hierbei bereits um die 21. Auflage handelt.

Ich glaube, für das Ministerium liegt ein Anlaß zu besonderer Aufregung für diesen Vorgang nicht vor, aber eine Lehre müssen wir aus der Tatsache ziehen, und diese Lehre ist, daß nach Wahrnehmungen, die wir machen, allzuviel Bücher für die Schule und für unsere Jugend geschrieben werden. Es vergeht keine Woche, in der nicht das eine oder andere Buch auf den Markt kommt, und solange die Schulverwaltung unseres Landes nicht für alle Unterrichtserfordernisse denselben Weg geht, wie er gegangen worden ist mit der Herausgabe und der Schaffung des Lesebuches für die Volksschule, solange werden wir hin und wieder solche Dissonanzen feststellen müssen. Das ist meine persönliche Auffassung. Ich bin mir dabei wohl bewußt, daß es sich dabei um ein Problem handelt, welches zu lösen mit einer einfachen Verordnung nicht möglich ist, und daß auch die Notwendigkeit hier in Frage steht, die geeigneten Mitarbeiter zu finden; aber wie gesagt, die Herausgabe von Unterrichtsbüchern aus eigenem Entschluß von Schulmännern und ohne die erforderliche Kontrolle und Aufsicht seitens der Schulbehörde wird immer wieder gelegentlich zu Reibungen dieser Art führen.

Der Herr Abg. Dr. Föhr hat gestern von der Berufung des Herrn Professor Dr. Fischer an ein in Berlin-Dahlem neu zu gründendes Institut gesprochen. Mir ist es sehr willkommen, daß ich hier Gelegenheit erhalte, einiges sagen zu dürfen und zwar deswegen, weil im Bürgerausschuß der Stadt Freiburg diese Angelegenheit Gegenstand einer Anfrage und Besprechung gewesen ist, wobei eine Tendenz hervortrat, die für mich persönlich eine gewisse Verletzung in sich schloß. Ich habe mir zum Zwecke meiner Darlegungen über diesen Punkt kurz in einer Aktennotiz den geschichtlichen Vorgang festlegen lassen.

Unser Freiburger Anatom, Professor Dr. Fischer, machte uns erstmals am 13. Mai ds. Js. vertraulich Mitteilung darüber, daß die Kaiser-Wilhelmsgesellschaft die Errichtung eines Forschungsinstituts für Anthropologie, Vererbungslehre und Rassenhygiene in Berlin beabsichtige und den Wunsch habe, ihn als Leiter für dieses Institut nach Berlin zu berufen. Herr Professor Dr. Fischer sagte uns damals, er gehe ungern von Freiburg weg und er wolle den Versuch unternehmen, die Kaiser-Wilhelmsgesellschaft zu bestimmen, das Institut nach Freiburg zu verlegen oder es in Freiburg zu errichten. Der Hochschulreferent bat damals schon den Herrn Professor Dr. Fischer in längerer Besprechung, doch alles zu tun, um dieses Ziel zu erreichen, und er hat in meinem Auftrag auch dem Herrn Professor weitgehendstes Entgegenkommen für seine persönliche Sicherung in Aussicht gestellt. Es folgte dann Mitte Juni eine telephonische Mitteilung des Dekans der medizinischen Fakultät an das Ministerium; die Fakultät betone, daß der Fortgang Dr. Fischers einen unersetzlichen Verlust bedeuten würde und daß sie ihrerseits tätig werden wolle, um das Institut nach Freiburg zu bekommen. Wir haben kurzerhand die Ermächtigung dazu gegeben und der Dekan, Herr Professor Dr. Aschoff, hat seinerseits an die maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin geschrieben und dabei den Wunsch ausgesprochen, selbst nach Berlin kommen zu dürfen, um über diese Angelegenheit sprechen zu können. Bereits am 23. Juni hat Exzellenz von Harnack nach Freiburg zurückgeschrieben: Die Gesichtspunkte und die Gründe, die die Herren in Freiburg bewegten, für eine Verlegung des Instituts nach Freiburg einzutreten, seien eingehend geprüft worden; man habe volles Verständnis für das Vorgehen der Freiburger Herren; aber dann sagt er über die Gründe, die in Berlin dafür vorlägen, das Institut in Dahlem zu begründen. — Ich zitiere nun wörtlich —:

> „Diese Gründe sind so schwerwiegend und Ihnen (dem Herrn Professor Dr. Aschoff) so wohl bekannt, daß ich darauf verzichten darf, sie noch einmal aufzuführen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie selbst — bei aller Sorge für Ihre Universität — das Gewicht derselben nicht verkennen."

Trotzdem bereits im Juni d. J. diese klare Sachdarstellung vorlag, haben sich sowohl Herren von Freiburg wie auch das Ministerium wiederholt bemüht, die letzten Versuche zu unternehmen, um den Weggang Dr. Fischers zu verhindern. Dr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Kultus und Unterrichts Remmele)

Fischer war dann anfangs dieses Monats in Berlin. Er hat übereinstimmend sowohl an den Senat der Fakultät wie an das Ministerium seine Meinung dahin kundgegeben, daß alle Bemühungen erfolglos bleiben werden, daß er selbst die Argumentation, wie sie in Berlin ihm vorgetragen worden sei, achten müsse und daß er keine Möglichkeit mehr sehe, in Freiburg bleiben zu können.

Als wichtigstes Argument kommt unter anderem die Tatsache in Betracht, daß dieses Institut sehr eng mit dem statistischen Reichsamt, mit dem dort in Dahlem befindlichen biologischen Institut, wie überhaupt mit denjenigen Organen verbunden sein muß, die für die Aufziehung dieses Institutes in Frage stehen. Das Institut selbst wird aller Voraussicht nach, wie wir hören, auf Reichskosten erstellt werden; es ist eine Summe von 600 000 M. errechnet; an den Betriebskosten beteiligen sich vier preußische Provinzen — außer dem, was an der Bestellung des Personals die preußische Unterrichtsverwaltung übernommen hat. Die Frage, ob etwa wir in Baden diese Kosten übernehmen könnten, wurde gleichfalls geprüft; daß wir neben den hohen Ausgaben, die wir schon haben — Sie haben von 16 Millionen RM. für den Klinikneubau gehört —, 600 000 RM. auf das Staatsbudget übernehmen könnten, wird wohl in diesem Hohen Hause niemand annehmen.

Die andere Frage — ob wir, falls das Geld vom Reich aufgebracht wird, etwa einen Betriebszuschuß aufbringen würden, der in einem Fall mit 30 000 RM., im anderen Fall meines Wissens auf 50 000 RM. errechnet war — wäre an und für sich zu bejahen gewesen. Letzten Endes aber haben die Organe, die für das Reich verantwortlich sind, es abgelehnt, dieses Institut anderswo als in Berlin-Dahlem zu errichten. Auch der Herr Oberbürgermeister von Freiburg hat sich für die Angelegenheit interessiert. Das ist sachlich der Hergang.

In der Unterhaltung über diese Frage ist nun zunächst einmal in Freiburg die Behauptung aufgestellt worden, ich, der Minister, hätte dem Herrn Professor Dr. Fischer nicht das genügende Entgegenkommen gezeigt. Nach der Sachdarstellung, die ich Ihnen soeben gegeben habe, darf ich wohl annehmen, daß diese Behauptung nicht als richtig anerkannt werden muß. Herr Professor Dr. Fischer, dem ich dieser Tage schrieb, hat selbst in einem Schreiben an mich — ich will die Vorlesung dieses Schreibens hier unterlassen — dieses Gerücht als total falsch bezeichnet. Er selbst ist davon überzeugt — und hat am gestrigen Tage das uns in einem Telegramm auch mitgeteilt —, daß eine Änderung der Sachlage nicht zu erreichen ist; er telegraphierte gestern mittag: „Soeben schreibt Exzellenz Harnack: Änderung des Planes Dahlem ausgeschlossen. Bitte keine weiteren Schritte unternehmen."

Aus dieser Sachlage ergibt sich doch ganz klar, daß die in Berlin angestellten Erwägungen über die Gründung dieses Instituts und über die Auswahl der Persönlichkeiten zur Führung des Instituts noch in einer Zeit gepflogen worden sind, wo wir von dem Vorgang noch gar nichts wußten, und daß bei der definitiven Entscheidung darüber, wohin das Institut kommen solle, in der Abstimmung der Kaiser-Wilhelmsgesellschaft sich für Freiburg nur eine Minorität, für Dahlem aber eine Mehrheit ergeben hat. Es war insbesondere der Reichstagsabgeordnete Herr Prälat Schreiber, der sich stark für den Platz Freiburg eingesetzt hatte.

Ich möchte die Herren, insbesondere, soweit sie vom Oberland stammen und zu Freiburg Beziehungen haben, ersuchen, diesen Sachverhalt zu vermitteln. Dabei möchte ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir selbstverständlich es außerordentlich bedauern, diesen — wir dürfen wohl sagen — weltberühmten Gelehrten in Freiburg zu verlieren, und daß wir das Institut nicht nach Freiburg bekommen haben. Andererseits aber müssen wir ja auch wieder froh und stolz sein, dieses Institut — zu dessen Führung zurzeit nur wenige Herren berufen sind — einem Mann anvertraut zu sehen, der wahrscheinlich die allerbesten Voraussetzungen und Qualitäten zu einem guten Erfolg mitbringt.

Der Herr Abg. Dr. Föhr und sodann heute auch der Herr Abg. Dr. Engler haben von den schlechten Leistungen an den höheren Schulen sowie von dem Problem des Zugangs und Abgangs an diesen unseren höheren Schulen gesprochen. Im Unterrichtsministerium haben wir uns seit Monaten mit der Frage beschäftigt, wie der starken Fluktuation an den höheren Schulen entgegengearbeitet und die Leistungen der Schüler gehoben werden können.

Ich will kurz die Bewegungskurven des Volksschülerstandes (Knaben und Mädchen zusammengenommen) in vier Zahlen mitteilen: 1900: 273 920; 1910: 336 086; 1915: 368 820; 1925 ein Herabgehen auf 266 810. Dagegen haben wir an den höheren Schulen eine Bewegung des Schülerstandes, die weit steilere Kurven aufweist: wir hatten im Jahre 1925/26 einen Schülerstand (alle höheren Schulen zusammengenommen) von 20 154 Knaben und 10 638 Mädchen. Wie verteilen sich diese nun — das ist die große Frage — auf die einzelnen Schulgattungen und Schuljahre? In den Gymnasien befanden sich von den volksschulpflichtigen Kindern (und zwar in diesem Falle Knaben) im Jahre 1901: 1,50 Proz., 1910: 1,53 Proz., 1925: 1,76 Proz. Also bei den Gymnasien, wie Sie sehen, ein durchaus normales und nicht zu beanstandendes langsames Ansteigen nach oben. Bei den Realgymnasien sieht es schon anders aus. Von sämtlichen volksschulpflichtigen Kindern (und zwar wiederum Knaben) befanden sich dort im Jahre 1900: 0,57 Proz., im Jahre 1910 1,13 Proz., im Jahre 1925: 2 Proz. Ganz bedenklich aber werden die Zahlen bei den Realschulen und den Oberrealschulen. Es waren in ihnen von allen volksschulpflichtigen Knaben 2,33 Proz. im Jahre 1900, 2,12 Proz. im Jahre 1910, 4,75 Proz. im Jahre 1925. Und nun ist das außerordentlich Bedenkliche an dieser Entwicklung das, daß von den Prozentsätzen, die ich Ihnen von den letzteren Schulen genannt habe, im Jahre 1900 in den unteren drei Klassen sich 59 Proz. befanden, im Jahre 1910 56 Proz., im Jahre 1925 57 Proz. In den nächstfolgenden drei Klassen befanden sich aber im Jahre 1900 nur noch 36 Proz., im Jahre 1910 37 Proz. und im Jahre 1925 32 Proz. Es ist also nach Verlauf von drei Schuljahren wieder eine sehr starke Verflüchtung eingetreten. Die letzte Klasse, also die neunte Jahresklasse, erreichten von den Schülern im Jahre 1900 nur 9 Proz., im Jahre 1910: 7 Proz. und im Jahre 1925: 10 Proz.

Ich hätte nun die Möglichkeit, auf Grund dieser Rechnung hier eine Reihe von Beobachtungen der Schulverwaltungen vorzutragen; das würde jedoch das Haus zu sehr langweilen. Wir müssen uns darüber ganz klar sein — um es auf eine kurze Formulierung zu bringen —, daß ein großer Teil der Schüler und Schülerinnen in die höheren Schulen aufgenommen wird, ohne die erforderlichen Voraussetzungen, d. h. eine gute Begabung und einen eisernen Fleiß mitzubringen (Lebhafte Zustimmung), und daß diese Kinder insbesondere in den unteren Klassen einen Ballast darstellen (Sehr richtig!), der das allgemeine Niveau der Anforderungen an die Schüler dauernd herabdrückt (Sehr richtig!). Das hat uns nun Veranlassung gegeben, in den letzten Wochen in einem Erlaß an die höheren Schulen die Aufforderung zu richten, die Anforderungen an die Schüler höherzustellen, d. h. die Dinge nicht mehr so lax anzusehen (Abg. Dr. Schofer: Gut!), und vor allen Dingen, wenn in einem Jahr in einem Fach die letzte Note gegeben

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Kultus und Unterrichts **Remmele**)

wird, und der Schüler sich darauf verlegt, im nächsten Jahr dieses betreffende Fach gutzumachen und dafür ein anderes vernachlässigt, das einfach in Hinkunft nicht mehr gehen zu lassen (Abg. Dr. Schofer: Bravo!). Denn darüber müssen wir uns klar sein: Wenn wir unser Volk, und zwar die führende Schicht, die zukünftige führende Schicht, um die es sich ja hier handelt, wirklich wieder mit dem geistigen Rüstzeug ausgestattet sehen wollen, das erforderlich ist, um den Ansprüchen der Zeit und der Entwicklung auf allen Gebieten wirtschaftlichen und geistigen Lebens gerecht werden zu können, dann ist es notwendig, die Ansprüche so zu halten, wie es die allgemeine Zeitlage und der Stand der Wissenschaften und der Forschung eben erfordert (Sehr richtig! Sehr gut!). Da werden natürlich viele Kinder nicht mehr fortkommen, und vielleicht muß manch eine Familie, die rein aus Prestigegründen ihre Kinder in höhere Schulen hinüberzubringen sucht, darauf verzichten (Sehr richtig! Sehr gut!). Das ist, ganz generell gesagt, unsere Einstellung.

Es ist dann von den Schwesterngehältern gesprochen worden. Der Herr Abg. Dr. Föhr hat von „112 M." gesprochen. Nach unseren Erhebungen und unseren Listen ist folgendes richtig: Für die Oberinnen und Schwestern vom Roten Kreuz müssen nach dem Vertrag mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 92 M. seitens des Staates bezahlt werden — nicht 112 M., sondern 92 M. Diese 92 M. sind nun aber nicht als Einkommen dieser Schwestern anzusehen, sondern die müssen an das Mutterhaus bezahlt werden; von ihnen gehen ab der Pensionsbeitrag, die Krankenkassenbeiträge usw.; in Wirklichkeit werden den Schwestern dann bezahlt 55 M. im ersten und zweiten Dienstjahr, 58 M. im dritten und vierten Dienstjahr und steigend bei 10 Dienstjahren auf 70 M. Richtig ist — das habe ich im Haushaltsausschuß ja bereits dargelegt —, daß die Anstaltsleiterinnen bzw. Schwestern der katholischen Hilfsstellen bedeutend weniger haben, und zwar 30 M., die Kandidatinnen sogar nur 15 M. (Abg. Dr. Föhr: Ja, Herr Minister, Zulagen von 20 M. zu diesen 92 M., das gibt 112 M.!). Solche bekommen einzelne wenige Schwestern und zwar Oberschwestern und einzelne Schwestern. Ich kann das noch feststellen lassen, wieviel das sind, damit Sie ein Bild bekommen.

Dann noch ein paar Worte zu der Angelegenheit Irrenklinik Freiburg. Ich bin zunächst dankbar für die — wie ich zugeben muß — zurückhaltende Art, wie der Herr Abg. Dr. Föhr gestern diese Angelegenheit behandelt hat. Er wird ja nach dem Studium der Akten gesehen haben — das ist ja gestern zum Ausdruck gekommen —, daß wir uns wirklich bemühten, gewisse Zustände, wie sie sich ganz allgemein im Laufe der Jahre herausgebildet haben, zu beheben. Aber eins möchte ich, ohne auf den Fall näher einzugehen, doch sagen: Der Herr Prof. Dr. Hoche ist — das hat mein Herr Vorredner ja hervorgehoben — eine Autorität auf seinem Arbeitsgebiete und ein Mann von großem Ruf, weit über die deutschen Grenzen hinaus. Ich muß, trotzdem ich der Meinung bin, daß auch die leitenden Chefärzte sich um die Kranken etwas intensiver bekümmern müssen, andererseits aber auch der Auffassung, die Herr Dr. Hoche selbst vertritt, recht geben, daß er in erster Linie und in der Hauptsache die Klinik zu führen hat mit der Zielrichtung, einen tüchtigen ärztlichen Nachwuchs heranzubilden. Auf diesem Gebiete hat er zweifelsohne Großes geleistet. Der Konstruktionsfehler scheint mir an dieser Klinik insbesondere der zu sein, daß der zweite Arzt nicht genügend Vollmachten gehabt hat, um den Direktor im praktischen ärztlichen Dienst so zu vertreten, wie das eigentlich nötig ist. Denn im Hochbetrieb, also — sagen wir einmal — in der Saison bei Abnahme von Prüfungen, da gehen andere Interessen vor. In dieser Zeit, so habe ich in der Abteilung A des Unterrichtsministeriums wiederholt sehr nachdrücklich betont, müßte nun der zweite Arzt einen Teil der Aufgaben, die sonst der Chefarzt hat, einfach eo ipso übernehmen, um zu verhindern, daß sich Versäumnisse einstellen. Daß die Dinge mit den Wärtern, die das Recht hatten, Einspritzungen zu machen, nicht in Ordnung waren, auf der anderen Seite aber Herr Prof. Hoche recht hatte, wenn er sagte, beim Abbau ist ihm zuviel Personal hier weggenommen worden, will ich nicht bestreiten. Diese Beanstandungen wieder in Ordnung gebracht zu haben, hatten wir als eine Pflicht angesehen. Ich glaube auf eines noch hinweisen zu dürfen: Die Erörterung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit und die ausgedehnte Art dieser Erörterung haben dem Ansehen des Instituts außerordentlich geschadet. Wenn daher diese Erörterung hier bei der Budgetberatung den Schluß bilden könnte und dieses Institut wieder ruhig weiterzuarbeiten in der Lage wäre, so würde dies von der Universität Freiburg sowohl, wie auch von der Staatsverwaltung außerordentlich begrüßt.

Der Herr Abg. D. Mayer hat mir vorhin sein Mißtrauen ausgesprochen. Soweit das politisch, rein politisch gesehen werden will, habe ich dagegen nichts zu sagen, ich begrüße es sogar; denn meine Parteifreunde draußen werden darin die Tatsache erblicken, daß ich in meiner Stellung als Minister auf dem richtigen Wege mich befinde (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Nach Ihrer Meinung!). Soweit aber dieses Mißtrauen auf ein Gebiet hinübergelenkt worden ist rein konfessionellen Charakters, muß ich meine Verwunderung darüber ausdrücken, ja ich muß — verzeihen Sie das — dagegen allen Ernstes protestieren.

Ich habe in meiner Broschüre über die Lehrerbildung mich nicht mit dem Katholizismus auseinandergesetzt, sondern die Frage behandelt, inwieweit der Vorwurf gegen die sozialdemokratische Fraktion, Gefangene der Zentrumsfraktion und der Zentrumspolitik zu sein, richtig oder falsch ist. Ich habe nie notwendig gehabt, mich um das besondere Vertrauen des katholischen Teils der Bevölkerung zu bemühen. Ebensowenig hatte ich geglaubt, Anlaß gegeben zu haben, bei dem evangelischen Teil unserer Bevölkerung Mißtrauen hervorzurufen. Ob ich als Unterrichtsminister oder als Minister des Innern arbeite, konfessionelle Streitfragen suche ich zu umgehen. Der evangelische Teil der Bevölkerung hat in den 8 Monaten meiner Amtstätigkeit im Unterrichtsministerium aber auch gar keinen Anlaß gefunden zu irgend einer Beschwerde, zu irgend einem besonderen Mißtrauen. Wenn ich darauf verweise, daß wir im Etat an Zuwendungen für die Gehälter der Geistlichen in der katholischen Kirche 1284 M. ausweisen und in der evangelischen Kirche 1948 M. (Hört, hört! beim Zentrum), mag damit am besten zum Ausdruck gebracht sein, daß ich nicht einmal an dieser aus der jüngsten geschichtlichen Entwicklung festgestellten Tatsache irgendwie gerüttelt habe.

Ich muß es also zurückweisen, hier als Popanz für den evangelischen Teil unserer Bevölkerung an die Wand genagelt zu werden. Nie gab ich Anlaß dazu. Nie habe ich Anlaß gegeben zu einer Auseinandersetzung in konfessionellen Fragen, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil ich glaube, wir haben jetzt in unserer schweren Zeit wichtigeres zu tun, als über derlei Dinge zu streiten (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sehr richtig!), insbesondere dann zu streiten, wenn man an einem vorgeschobenen Posten der Staatsverwaltung steht. Wie man hier sprechen kann von der Handhabung der Parität, von einer unzweckmäßigen und ungerechten Handhabung der Parität, das bleibt mir ein Rätsel. Beweisgründe dafür haben Sie nicht vorgetragen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Kultus und Unterrichts Remmele)

Im Haushaltsausschuß nahm ich Gelegenheit, auf die Argumente einzugehen, die damals über Pforzheim vorgetragen worden sind; das nützt aber nichts, und zwar nützt es deswegen nichts, weil Sie aus politischen Gründen es notwendig haben, diesen Minister, der Ihnen nicht genehm ist, an die Wand zu nageln (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Eine schwache Verteidigung, wenn Sie nichts Besseres zu sagen wissen!). Eine schwache Verteidigung? Herr Abg. D. Mayer, wir sind es gewohnt, daß Sie Leistungsnoten immer auf dem Fuße geben. Ich habe es bisher nicht unternommen, Ihren Ausführungen gegenüber Noten auszuteilen. Sie verlangen, so haben Sie ausgeführt, auch zum evangelischen Teil der Bevölkerung Vertrauen. Wenn Sie einen solchen Satz aussprechen, haben Sie die Pflicht zu begründen, wo etwa Anlaß zu Mißtrauen gegeben worden ist, und wenn Sie da in Hinweis auf meine Broschüre auf eine völlig falsche Zielrichtung abgestellt haben, muß ich sagen, dieser Hinweis hinkt, er ist nicht durchschlagend, er kann zu dem Ausspruche, wie Sie ihn getan haben, keine Veranlassung geben. Sie haben gesagt, man soll den evangelischen Teil der Bevölkerung nicht unterschätzen. Wer ihn unterschätzt hat, weiß ich nicht, ob in der Unterrichtsverwaltung etwas vorgekommen ist, was dazu Anlaß gegeben haben könnte, weiß ich nicht. Ich komme in dieser Frage zum Schluß, daß Sie Herr D. Mayer — ich bedauere das außerordentlich — eine rein politische Angelegenheit vermischten mit konfessionellen und religiösen Gedankengängen (Abg. D. Mayer: Gerade umgekehrt!), bei einem Mann, der sich neutral hält in den Fragen, der nie Veranlassung gegeben hat zu Beschwerden, der, soweit Gedankengänge dieser Art aufgekommen sind, sich bemüht hat, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, wie wir das im Haushaltsausschuß durch die Vorlage einer Statistik Ihnen bewiesen haben (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Die Sache wird nicht stimmen!).

Sie haben gesprochen, daß zwei Direktoren im Unterrichtsministerium notwendig wären. Ich will auf das Kapitel nicht näher eingehen und nur noch einmal unterstreichen, daß allein der Umfang der Geschäfte anderer Ministerien das Ihnen sagen muß, es geht nicht um einen, sondern um 2 und 3 Direktoren in unserer Staatsverwaltung (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Das habe ich auch gesagt!).

Schließlich sprachen Sie vom Theater. Ich will die Gelegenheit hier wahrnehmen, in aller Kürze etwas zu dieser Angelegenheit zu bemerken. Wo ein Theater unterhalten wird, in welcher Stadt auch immer, gibt es Schichten von Theaterbesuchern und Theaternichtbesuchern — die Nichtbesucher reden über das Theater bekanntlich viel mehr, als die Besucher — pro und contra. Dem einen gefällt dieser Kapellmeister, dem anderen jener Solist usw. Die Behauptung, daß der leider so früh verstorbene Generalmusikdirektor Wagner in Konflikten mit seinen Solisten gestanden hat, und es notwendig gewesen wäre, seitens der vorgesetzten Dienststelle vermittelnd einzugreifen, ist unrichtig. Wahr ist für Karlsruhe, daß hier 3, 4 kleine Kreise sich befinden, geführt von Persönlichkeiten, die ehemals am Theater tätig gewesen sind (Hört, hört!), und die gegen jeden, der in führender Stellung nach ihnen ans Theater kommt, jene Art von Kritik führen, die man nicht mehr als eine sachliche und Fachkritik ansehen kann, sondern die diktiert ist von starken persönlichen Motiven, denen auf die Spur zu kommen, nicht immer ganz leicht ist. Da kommt z. B. ein Herr, der will das Orchester haben für irgend eine Sonderaufführung, bei der er dirigieren möchte. Das Orchester ist natürlich für das Theater da. Es muß abgelehnt werden. Die Folge ist ein Zeitungsartikel, wenn nicht in Karlsruhe, dann in auswärtigen Blättern, wo die Kritik gegen einen leitenden Mann mehr wirkt. Oder andere Kreise bemühen sich, ein Theaterstück, das geschrieben worden ist, — es gibt viele Leute, die Theaterstücke schreiben, auch heute noch — (Heiterkeit) zur Aufführung zu bringen. Die leitenden Persönlichkeiten meinen, es eigne sich nicht für das Theater hier. Die Folge ist ein dauerndes Suchen nach Angriffsflächen der Kritik bei irgend welchen passenden und unpassenden Gelegenheiten. Dann will ich Ihnen noch eines sagen, insbesondere Herr Abg. D. Mayer auch Ihnen, man soll auf das, was über das Theater gesprochen wird, nicht allzuviel geben (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Kreise, die heute gegen bestimmte Persönlichkeiten das schwerste Urteil haben, sind morgen mit diesen dicke Freunde, und solche, die heute dicke Freunde sind, sind morgen die größten Kritiker. Menschen, die mit dem Theater nichts zu tun haben, halten so etwas für unverständlich und unmöglich. Es wird eben nicht nur auf der Bühne, sondern auch vor der Bühne und sehr häufig in gewissen Zirkeln Theater gespielt. Darüber muß man sich klar sein (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Ein Wort, Herr Minister, es handelt sich für uns nur um die Finanzpolitik!). Lassen Sie mich dazu auch sprechen. Sie sagten, ein Teil der Kritik über das Theater stütze sich auf 3 Punkte: Spielplan, Solokräfte und Einvernahme mit den Künstlern. Das letztere habe ich bereits besprochen.

Was den Spielplan angeht, so wollen Sie folgendes beobachten: Je kleiner das Einzugsgebiet für ein Theater ist, und damit je geringer die Zahl der Abonnenten, desto weniger kann ein Stück aufgeführt werden. Ein und dasselbe Stück, sagen wir irgend eine gute Oper, gut einstudiert und inszeniert, die können wir in Karlsruhe 3mal, 4mal aufführen, während sie in Frankfurt und Berlin 25 und 50mal aufgeführt werden kann. Die Folge ist, daß das gesamte Personal, das Orchester und die Solisten und dann auch der Chor in Karlsruhe dauernd mit Neueinstudierungen beschäftigt ist und unser Personal viel mehr arbeiten muß als das Personal an einer großen Oper in Berlin. Deswegen muß der Spielplan vielseitig sein. Wer behauptet, daß der Spielplan der Oper in diesem Jahre unzulänglich gewesen wäre, von dem kann ich nur sagen, daß er ein voreingenommenes Urteil hat oder aber kein aufmerksamer Besucher des Theaters war, denn der Neid muß es dem vergangenen Operndirektor lassen, daß er nicht nur an sich und seine Arbeitskraft die höchsten Anforderungen stellte, sondern daß er das gesamte Personal mit sich riß und zu Leistungen hinaufführte (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Das habe ich selbst gesagt!), denen maßgebende Kreise der Kunst, die von Kunst etwas wissen, die allerhöchste Hochachtung bewiesen haben.

Das Schauspiel stand in diesem Jahre außerhalb der allgemeinen Kritik, und zwar deshalb, Herr Abg. D. Mayer, weil ein junger Mann, wie Wagner, ein Jahr in Karlsruhe war — mitten drin in der Kritik, guter und schlechter — und weil daneben dann für besondere Aufmerksamkeit für das Schauspiel bei jenen Kreisen, die nur kritisieren können, nicht die genügende Zeit übrig geblieben war. Ich habe gegenüber dem Personal des Schauspiels, soweit ich die Möglichkeit hatte, die Dinge zu beobachten, dasselbe Lob auszusprechen wie gegenüber dem gesamten Personal der Oper. Auch sie mußten fortwährend Neuinszenierungen in den Spielplan aufnehmen, aus denselben Erwägungen, die ich erst von der Oper gesagt habe.

Aber, kommen wir nun zur wirtschaftlichen Seite. Es ist richtig, wir haben einige Solokräfte, die mit dem Kommen des verstorbenen Wagner engagiert worden sind, in einer Zeit, wo hohe Gehälter üblich waren. Es wird — das habe ich im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Kultus und Unterrichts **Remmele**)

Haushaltsausschuß auch schon gesagt — unsere Aufmerksamkeit sein müssen, da abzubauen. Sind wir uns aber doch klar darüber, dieselben Erfahrungen, die in Freiburg gemacht werden, in Mannheim und in anderen Städten, sind doch auch bei uns die gleichen Erfahrungen, nämlich daß eben die Einnahmeseite gegenüber der Ausgabenseite nicht Stich gehalten hat. Die Zahl der Abonnenten ging zurück, die wirtschaftliche Not ist doch das letzte und stärkste Fundament für diese Seite der Entwicklung, eine Tatsache, an der auch der badische Landtag nicht ohne Aufmerksamkeit wird vorübergehen können. In der Hoffnung, daß mit allgemacher Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch diese Seite der Angelegenheit wieder in Ordnung gebracht werden kann, hat das Landestheater für die neue Spielzeit einen Abonnement-Vorschlag gemacht, der nach meinem Dafürhalten bei der Karlsruher Bevölkerung und der Bevölkerung, die hier in Mittelbaden für das Theater ein Interesse hat, Anerkennung finden muß. Wir müssen dabei — ich will das ruhig hier aussprechen — ⅓ von Abonnenten mehr erhalten, ehe wir wieder zu den Abonnementseinnahmen kommen, die wir im letzten Jahre gehabt haben. Wir wollen damit den Versuch machen, einmal indem wir an die Leistungsfähigkeit der Theaterbesucher so stark wie möglich heranzukommen versuchen, einen größeren Kreis von Bürgern wieder als Dauerabonnenten für das Theater zu interessieren. Gelingt uns dies im Zusammenhang mit der Ordnung der Verhältnisse auf gehaltlichem Gebiet bei Ablauf der Verträge im übernächsten Jahre, dann habe ich die feste Hoffnung, werden wir bei der Schaffung des nächsten Budgets in der Lage sein, dem Landtag ein Budget vorzulegen, das hinsichtlich seines Zuschusses höhere Anforderungen als in früheren Jahren nicht mehr stellen wird. Gewiß, ob der Erfolg vollständig sein wird, weiß ich nicht zu sagen. Ich darf — in dem Punkt vor allen Dingen — kein Prophet sein, aber soviel möchte ich abschließend bemerken: Haben Sie Vertrauen in den Willen, den wir in starker Weise bekunden müssen, um das Theater über die schwere Zeit hinwegzuretten, und damit eine Verpflichtung erfüllen, an der wir nicht achtlos vorübergehen dürfen.

Der Herr Abg. Dr. Engler hat darauf hingewiesen: Ich glaube, so etwas wie Achtung vor der Kunst, soweit es gute Kunst ist, und so etwas wie Pietät gegenüber dem, was historisch geworden ist, gegenüber was die Vergangenheit uns überliefert hat, zu bekunden. Ich unterstreiche dies (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Habe ich doch gesagt!). Ich glaube, wenn wir das tun und insbesondere berücksichtigen, daß wir auf anderen Gebieten unseres Staatsetats doch auch steigende Ausgaben, steigende Zuschüsse notwendig haben, ohne es verhindern zu können, wenn wir berücksichtigen, daß z. B. an unseren Hochschulen wir die ganz gleiche Entwicklung sehen, eine ganze Anzahl von Gelehrten haben, die in ihren Bezügen bedeutend höher stehen und denen wir höhere garantieren müssen als früher, so muß man letzten Endes auch für das Theater etwas übrig haben, selbst dann, wenn es nur der mittelbadischen, der Karlsruher Bevölkerung in erster Linie zugute kommt.

Ich persönlich hätte es nicht notwendig, mich derartig zu ereifern für diese Dinge, denn ich verwalte das Amt nur provisorisch, und mir persönlich könnte die Entwicklung gleichgültig sein, aber darauf darf es uns allen zusammen nicht ankommen, denn in 3—4 Jahren — dessen bin ich fest überzeugt —, wenn uns heute Unglück geschieht und wenn man diese Interessen leichterdings in den Wind schlägt, werden wir selbst schon eine harte Kritik bekunden gegenüber dieser Zeit, und zwar weil sich dann die Dinge ganz anders ansehen, als jetzt, wo wir einen sehr scharf gespannten Etat vor uns haben. Ich möchte Sie deshalb inständigst bitten, Ihren Widerstand aufzugeben, und das, was der Haushaltsausschuß beschlossen hat, als annehmbar zu bezeichnen, uns allerdings mit auf den Weg zu geben die Marschroute, Ihnen etwa in 1½—2 Jahren ein anderes Bild aufzumachen, als heute möglich war (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Nichts anderes habe ich gesagt!).

Abg. **Obkircher** (D. Vp.):

Die ruhige sachliche Art, wie wir bisher die Beratungen und Besprechungen über den Staatshaushalt geführt, hat m. E. gestern abend eine bedauerliche Änderung durch die außerordentliche scharfe Rede des Herrn Abg. Dr. Föhr erhalten. Ich bin nicht in der Lage, wie der Herr Minister eben, zu bekunden, daß die ruhige sachliche Beurteilung vor allem im Falle Hoche-Degen anzuerkennen sei. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß man gar nicht schärfer, kritischer — und ich werde später darauf zurückkommen — teilweise ungerechter einen Fall beurteilen kann, als es durch Herrn Dr. Föhr geschehen ist. Aber ich will mich zunächst an den Herrn Minister und zu dem Ministerium wenden. Dem Herrn Minister stehen wir objektiv gegenüber, d. h. wir sehen seine Arbeit, sehen daß er mit dem ganzen Ernst seiner Persönlichkeit sich der Aufgabe widmet, die ihm durch Übertragung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts gegeben worden ist. Wenn wir das anerkennen und seine Tätigkeit darnach beurteilen, so ändert das natürlich nichts an unserer grundsätzlichen Einstellung ihm gegenüber, die in den verschiedenen Welt- und Lebensanschauungen begründet ist. Wenn ich sage, daß solche Gegensätze bestehen und nicht überbrückt sind und auch nicht überbrückt werden können, so sind wir natürlich verpflichtet, das auch an einzelnen Handlungen nachzuweisen. Ich gebe dem Herrn Minister durchaus recht, daß man nicht einfach sagen kann: Wir mißtrauen dem Minister, ohne daß man sich die Mühe nimmt, das auch zu begründen und im einzelnen darzulegen. Ich komme auf einzelne Punkte noch im Laufe meiner Ausführungen zu sprechen. Grundsätzlich trennt uns — wie ich schon sagte, die politische Grundeinstellung, seine Einstellung als Mitglied der sozialdemokratischen Partei — und unsere liberalen Anschauungen. (Zuruf links: Schicken Sie ihm doch einen Aufnahmeschein!). Ich glaube, er würde keinen Gebrauch davon machen, deshalb hat es keinen Zweck, daß ich ihm einen Aufnahmeschein für meine Partei gebe.

Der Herr Minister gab soeben selbst, mit einer gewissen Betonung die Erklärung ab, daß er das Ministerium nur provisorisch verwalte. Nun ja, diese provisorische Verwaltung geht aber eigentlich schon etwas lange, sie geht schon seit November, und wir sehen in dieser doppelten Versorgung zweier großen Ministerien etwas, was wirklich auf die Dauer nicht durchführbar und nicht tragbar ist, denn es überschreitet einfach die physische Kraft eines einzelnen Mannes, zwei so großen Ministerien, wie das Ministerium des Innern und das Ministerium des Kultus und Unterrichts, gemeinsam zu verwalten. Es ist also physisch unmöglich, und deshalb sollte damit möglichst bald Schluß gemacht werden. Wir gestehen ganz offen, daß wir es nicht gerade für sehr erwünscht halten, daß gerade das Unterrichtsministerium mit seinen weiten Aufgaben auf dem Gebiet der Schule, auf dem Gebiet der Hochschule, von einem Mitglied der sozialdemokratischen Partei verwaltet wird, das wird Sie nicht weiter in Erstaunen setzen (Auf Zurufe links: Sie wollen es selber werden!). Da irren Sie sich aber ganz gewaltig!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

Nun zum Ministergehalt bzw. zur Frage des Nebengehaltes oder, wie es jetzt heißt, der Aufwandsentschädigung. Ich bitte auch da überzeugt zu sein, daß wir diese Frage rein sachlich prüfen, unbeschadet irgendwelcher politischer Einstellung zur Persönlichkeit des Ministers. Es ist zunächst für die Zeit der Versehung der beiden Ministerien durch den jetzigen Minister ein Nebengehalt von 800 M. monatlich vorgesehen gewesen. Wir haben dagegen Stellung genommen und zwar aus dem Grund — ich will das auch hier sagen —, weil ein Beamter eben wirklich nur eine Arbeitskraft zur Verfügung hat und diese Arbeitskraft in der Stellung, die ihm der Staat überträgt, auswerten muß. Es ist deshalb an sich unmöglich, daß man für die Versorgung zweier Ämter doppelte Gehälter gibt oder daß man den einen Gehalt voll und den anderen als Nebengehalt gibt. Logischer wäre es dann noch, wenn es möglich wäre, diese beiden Ämter nebeneinander richtig zu versorgen, daß man dann eben beide mit dem Gehalt dotiert, daß also in diesem Fall der Herr Minister die beiden Gehälter des Unterrichtsministers und des Ministers des Innern bekommen müßte (Zuruf vom Ministertisch). Nein, aber es würde sofort die Erwägung auftauchen, ja, wenn das möglich ist, dann muß man die beiden Ministerien zusammenlegen, dann ist es eben nur ein Amt, dann füllt das eine Amt den Mann nicht ganz aus, also muß man die beiden Ministerien zusammenlegen und dann bekommt er wieder nur einen Gehalt. Ein Nebengehalt für die Versorgung eines solchen Hauptamtes, das ist etwas, was wir nicht verstehen können und was nicht richtig ist. Nun, das hat man ja auch eingesehen und statt dessen ein Aufwendungsgeld vorgeschlagen und zwar, wenn ich mich recht erinnere, zuerst ein Aufwendungsgeld von 600, dann von 400 M. monatlich.

Wir haben zunächst auf dem Standpunkt gestanden, daß wir eigentlich nicht recht einsehen können, daß, wenn ein Minister zwei Ministerien versieht, die Aufwendungen größere seien. Nun ist darüber viel gesprochen worden und es ist darauf hingewiesen worden, daß gerade der Minister für Kultus und Unterricht durch den Verkehr mit Professoren, durch Teilnahme an Tagungen usw. usw., doch in der Tat Aufwendungen hat, die über die Aufwendungen des Ministers des Innern hinausgehen. Weil wir uns dem nicht verschließen wollen, sind wir damit einverstanden, daß der Herr Minister des Innern ein Aufwendungsgeld für die Zeit der Versorgung des Kultus und Unterrichts bezieht, aber das geht natürlich nicht, daß man dann das Aufwendungsgeld auf 400 M. festsetzt. Das Aufwendungsgeld eines Ministers beträgt eben nun nach unserer Gehaltsordnung, nach unserem Staatsvoranschlag, 200 Mark monatlich, und wenn es notwendig ist, daß ein Minister für die Besorgung des zweiten Ministeriums auch das hierfür ausgesetzte Aufwendungsgeld bekommt, dann kann es natürlich nur das Aufwendungsgeld sein, das an sich für einen Minister vorgesehen ist. Deshalb unser Antrag, wonach der Minister des Innern, solange er das Amt des Ministers für Kultus und Unterricht versieht, auch das geordnete Aufwendungsgeld jenes Ministers von 200 M. monatlich bekommen soll. Wir würden also dem Antrag, ein Aufwendungsgeld von 400 M. zu bewilligen, nicht beitreten können, dagegen werden wir dafür stimmen, daß ein solches von 2400 M. jährlich bewilligt wird.

Nun komme ich zu dem zweiten Punkt. Das ist die Position des Hochschulreferenten, der nach dem ursprünglichen Vorschlage ein Nebengehalt von 4000 M. beziehen sollte. Der Herr Minister hat uns in durchaus einleuchtender Weise dargelegt, warum es notwendig ist, hier über den Gehalt eines Ministerialrats hinauszugreifen; er hat uns im wesentlichen dargelegt, daß die Tätigkeit eines Hochschulreferenten eine derartig wichtige und weitverzweigte sei, daß eigentlich die Stelle die eines Ministerialdirektors sein müßte. Wir waren deshalb der Meinung, daß es durchaus angebracht sei, zu sagen, der Hochschulreferent bezieht die Bezüge eines Ministerialdirektors. Ein Antrag des Herrn Kollegen D. Mayer-Karlsruhe, der in der Richtung gestellt worden ist, schien uns durchaus berechtigt und angemessen und wir wären dafür eingetreten, aber der Antrag ist ja nun zurückgezogen oder nicht mehr aufgenommen worden und nun wird ein Nebengehalt vorgeschlagen und zwar ein solches von 1800 M. im Jahre, das heißt also von 150 M. monatlich. Es wird als Nebengehalt bezeichnet. Ich stehe auch hier auf dem Standpunkt, daß diese Bezeichnung eine unrichtige ist, denn auch hier handelt es sich ganz offenbar um ein Aufwendungsgeld, das notwendig ist für die höheren Anforderungen, die an den betreffenden Beamten in Hinsicht von Repräsentation, von Reisen usw. gestellt werden. Wir würden es also für richtig halten, daß man auch diese Position als Aufwendungsgeld bezeichnet. Wenn man daran strauchelt, so würde ich in diesem Falle einmal ganz bewußt inkonsequent sein und würde sagen, nun ja, es kommt auf die Sache an, es kommt auf die Notwendigkeit an, und wenn es sich hier um den Streit Aufwendungsgeld oder Nebengehalt handelt, so müssen wir eben diesen Betrag bewilligen, auch wenn er so genannt wird, wie ich es nicht für richtig halte. Wir werden also für diesen Vorschlag stimmen.

Wenn ich mich nun den Anforderungen für Kultus zuwende, so sind die ja nicht unerheblich, aber wir sind bereit, für die Anträge, die zur Deckung der kirchlichen Bedürfnisse gestellt werden, restlos zu stimmen, in der Weise, wie es vorgesehen ist, daß nämlich bei einer ganzen Reihe von Positionen ausdrücklich festgestellt wird, daß eine Rechtspflicht nicht anerkannt wird.

Wir haben eine Denkschrift über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche vorgelegt bekommen. Ich habe den Eindruck, daß diese Denkschrift im wesentlichen geschichtliches Material objektiv darstellt und uns wertvolle Fingerzeige für die Zukunft gibt, die ja irgendwie einmal das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in rechtlicher Beziehung regeln muß. Wir wollen uns aber klar darüber sein, daß das eine außerordentlich schwierige und mit vielleicht schweren Kämpfen verknüpfte Arbeit sein wird. Aber wie gesagt, wünschenswert ist es schon, daß man einmal dazu kommt, auch die ganzen finanziellen Verpflichtungen des Staats irgendwie abzulösen. Wenn wir dafür eintreten, daß die Kirche auch in vermögensrechtlicher Hinsicht ihre möglichst große oder volle Selbständigkeit erhält, wenn wir dann das Vermögensverwaltungsgesetz, das uns in Aussicht gestellt ist, vorgelegt bekommen, so wird natürlich vielleicht die andere Seite die sein, daß die Selbstverwaltung und finanzielle Selbständigkeit auch eigene Aufbringung der Mittel erfordern wird. Aber ich kann ja dazu, ohne daß ich die in Aussicht gestellten Vorlagen kenne, noch keine Stellung nehmen, es ist das nur die grundsätzliche Seite der Frage. Wir sind weit entfernt von irgendwelcher feindlicher oder gegensätzlicher Stimmung gegen die kirchliche Gemeinschaft, vor allem ganz gewiß nicht, was man uns so gern zum Vorwurf machen will, gegen die katholische Kirche.

Wir stehen beiden — oder vielmehr allen — kirchlichen Gemeinschaften vollständig gleich und objektiv, vollständig ruhig und sachlich gegenüber. Wir erkennen die ungeheuer hohe Bedeutung der sittlichen Werte des kirchlichen Lebens und derjenigen Werte, die die Kirchengemeinschaften durch ihre Organe dem Volke vermitteln, wodurch sie es fördern, wodurch sie es moralisch und sittlich stützen. Auch die großen Verdienste

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

der Kirchen in karitativer Hinsicht un die Tätigkeit der kirchlichen Organe auf diesem Gebiete erkennen wir restlos an, und werten sie als wertvolles Gegengewicht gegen die entsittlichenden Wirkungen einer doch leider sehr weitgehenden rein materiell eingestellten Weltauffassung.

Also: weitgehende Freiheit wünschen auch wir für die Kirchen — soweit nicht dadurch das Lebensinteresse des Staates berührt wird.

In unserem konfessionell gespaltenen, ja zerklüfteten Volke, vor allem gerade in Baden, ist allerdings Toleranz — gegenseitige Toleranz — das erste Gebot. Es fragt sich nur immer, von welcher Seite etwa die Toleranz gestört wird (Zuruf des Abg. Dr. Föhr).

Wenn nun in der Notzeit, in der wir uns befinden, der Staat ohne rechtliche Verpflichtung allen Kirchen beispringt, solange es notwendig ist und solange sie sich nicht selbst erhalten können, dann muß man natürlich, wenn man wirklich tolerant sein will, auch der einen Kirche, die sich in einer besonderen Notlage befindet, mit staatlichen Mitteln beispringen. Sie wissen, was ich meine: Es handelt sich um den Antrag, den früheren Zustand herzustellen und eine Budgetposition mit 9000 M. für die altkatholische Kirche wiederherzustellen; es liegt ein Antrag vor, den wir gemeinsam mit der demokratischen Partei gestellt haben, der diese Position betrifft. Wenn man wirklich tolerant sein will, dann muß man doch da beispringen, wo eine offensichtliche und zweifellose Not besteht, und deshalb kann ich es nicht verstehen, daß gerade in dieser Beziehung von seiten des Zentrums ein zu dem unsrigen gegensätzlicher Standpunkt eingenommen wird (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Mein Name steht auch darunter!). Verzeihen Sie! Im übrigen aber glaube ich, die nähere Begründung dieses Punktes dem Herrn Erstunterzeichner jenes Antrags überlassen zu sollen. Daß eine Notlage vorliegt — und eine ganz andere Notlage als bei der anderen Kirche —, darüber besteht kein Zweifel.

Dann verlangte gestern abend der Herr Abg. Dr. Föhr in seiner Rede den christlichen Staat, christliche Gesetzgebung und Toleranz; ich habe hier den Bericht des „Badischen Beobachter" über seine Rede, und ich will sie danach einmal kurz vornehmen. In diesem Bericht also heißt es zunächst:

> „Das Zentrum bekennt sich zum christlichen Staat und zur christlichen Kultur."

Damit sind wir vollständig einverstanden. Auch wir bekennen uns zum christlichen Staat — ich habe das ja schon erwähnt (Zuruf des Abg. Lechleiter) —; auch wir erkennen die Bedeutung einer religiösen Erziehung und einer Durchsetzung des ganzen Lebens mit rein christlichen Grundsätzen. Dabei will ich das Wort „christlich" ganz weit fassen: nicht etwa konfessionell, nicht etwa absolut kirchlich (Auf Zurufe:) O nein, man kann auch ein Mensch sein, der auf durchaus christlichem und ethischem Grundsatz steht und braucht deshalb doch noch nicht ein sogenannter „aktiv-kirchlich" eingestellter Mann zu sein. Das will ich, um den Begriff des Wortes christlich in diesem Zusammenhang festzulegen, ausdrücklich gesagt haben (Rufe aus dem Zentrum: Sehr schön! aber schwer zu verstehen! — Zuruf des Abg. Dr. Föhr). Ja nun, Sie werden doch nicht etwa behaupten können, daß nur derjenige ein wirklich christlich denkender und fühlender Mensch sei und sein könne, der kirchlich eingestellt ist, das heißt nur derjenige, der etwa, wie also Sie — und von Ihrem Standpunkt aus mit Recht — verlangen, seinen kirchlichen Verpflichtungen nachkommt? Sie werden das nicht behaupten können, sobald man das Wort „christlich" wirklich so weit faßt, wie es gefaßt werden muß — und wie es wohl auch von dem Gründer des Christentums gefaßt worden ist.

Indem Sie dann auf die Regierungserklärung vom November des letzten Jahres kommen, betonen Sie dabei, daß nach jener Erklärung der Staat

> die Bedeutung der Relegionsgesellschaften in religiöser, sozialer und karitativer Beziehung anerkennen, die Freiheit der Kirche schützen und daß für ein wohlgeordnetes Verhältnis zwischen Kirche und Staat Sorge getragen werden solle.

Hierzu haben wir damals schon erklärt, daß wir mit dieser Auffassung und mit der damals ausgesprochenen Absicht der Regierung, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat friedlich zu gestalten, durchaus einverstanden sind. Aber, Herr Abg. Dr. Föhr: Ich habe gestern nicht den Eindruck gewonnen, daß Ihnen so sehr daran gelegen ist, dieses Verhältnis — mindestens auch das Verhältnis zu den verschiedenen andersartig Denkenden — nicht zu stören. Ich habe Ihnen entgegengerufen: „Sie stören ja den Frieden!" (Zuruf des Abg. Dr. Föhr — Zurufe links) — und was ist dann von Ihnen geantwortet worden? Sie haben geantwortet: „Das ist doch unerhört! Wenn man sich gegen einen Angriff verteidigt, dann wird einem zum Vorwurf gemacht, daß man den Frieden störe." Was hat Ihnen Anlaß gegeben, diese Frage hier aufzurühren? Was hat Ihnen Anlaß gegeben, den Vorwurf zu erheben, daß man von der anderen Seite den Kulturkampf wolle und einen Kulturkampf predige? Sie haben nichts anführen können als einen Artikel in der Lehrerzeitung, den ich nicht gelesen habe und den wahrscheinlich von den 2 oder 2½ Millionen badischer Staatsbürger vielleicht insgesamt 3- oder 4000 Leute gelesen haben, mehr aber nicht. Durch diesen ist der konfessionelle Friede nicht gestört worden! Wenn Sie aber hier im Rondell — von wo aus Ihre Rede nicht etwa nur durch die Presse, sondern auch auf sonstige Weise in das Land hinausgeht — eine solche Rede halten, dann stören Sie den konfessionellen Frieden! (Unterbrechung durch Zurufe vom Zentrum; u. a. Zuruf des Abg. Dr. Föhr). Wir sind uns jedenfalls bewußt, daß wir nichts dazu getan haben — es sei denn, daß die Kämpfe, die um das Lehrerbildungsgesetz geführt werden mußten, als etwas Derartiges von Ihnen aufgefaßt worden wären. Wir können sagen: Wir sind uns bewußt, daß wir nichts getan haben, um das friedliche Verhältnis der Konfessionen untereinander irgendwie zu stören.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang doch auch noch einmal etwas näher auf den Fall Degen-Hoche eingehen. Wenn man denn doch so sehr Toleranz predigt, wenn man die Duldsamkeit als Gebot der Christlichkeit aufstellt, dann darf man nicht so vorgehen, wie in dem Fall Degen-Hoche vorgegangen worden ist. Ich möchte weitergehend als die bisherigen Herren Redner und auch weitergehend als der Herr Minister auf diesen Fall eingehen — und zwar deshalb, weil er mir so recht symptomatisch für dasjenige erscheint, was man nicht tolerant nennen kann (Zuruf vom Zentrum). Ich habe Ihnen im Haushaltsausschuß einmal etwas entgegengerufen — ich will es jetzt nicht tun; aber wenn Sie sich daran erinnern, Herr Abg. Dr. Föhr, so sage ich Ihnen: Bei Ihrer gestrigen Rede ist mir die Erinnerung an jenen meinen Zwischenruf gekommen, und ich habe gefunden, daß ich damals vielleicht nicht so ganz unrecht gehabt habe.

Was ist denn nun eigentlich bei der ganzen Geschichte? Was ist an diesem ganzen Fall Degen, der ja in der Tat allmählich zu einem Fall Hoche umgewandelt und als ein solcher ausgebeutet worden ist?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Obkircher [D. Vp.])

Da erschienen in den Freiburger Zeitungen von beiden Richtungen der Regierungsparteien Artikel: „Die Zustände in der psychiatrischen Klinik in Freiburg", „Skandalöse Zustände in der Freiburger Irrenklinik". Sie werden zugeben, wenn man solche Überschriften und nachher die dazu gehörigen Artikel gelesen hat, dann mußte man in ganz Baden und weit darüber hinaus zu dem Eindruck kommen, daß es bei der psychiatrischen Klinik in Freiburg sich um eine Anstalt handelt, in der es drunter und drüber zugeht, in der der leitende Arzt und die übrigen Ärzte sich um nichts kümmern, in der aber wohl die Kranken aufs Unerhörteste gequält und mißhandelt werden. Worin bestanden denn nun die Vorwürfe, die in jenem Artikel erhoben waren?

Da haben wir erstens einmal die Grundlage der ganzen Geschichte, daß also der Herr Degen in der Reichenau einen Löffel verschluckt hat. Dafür kann jedenfalls die Leitung der Anstalt, der psychiatrischen Klinik der Universität Freiburg, nichts. Es kann übrigens vermutlich auch niemand in der Anstalt Reichenau etwas dafür. Denn man wird eben bei Kranken, die an sich nicht einer ständigen Überwachung bedürfen — was bei Herrn Degen nicht der Fall war — in Gottes Namen, wenn sie die Leidenschaft haben, solche Gegenstände zu verschlucken, das nicht verhindern können (Heiterkeit — Auf Zuruf vom Zentrum) — Ich komme gleich darauf.

Wunderbar und erstaunlich für jeden, auch für mich, wie ich diese Nachricht gelesen habe, war natürlich: Ist es denn möglich, daß man einen solchen Gegenstand in den Bronchien oder in der Lunge — wie es zuerst geheißen hat — hat, ohne daß solche krankhaften Störungen des körperlichen Zustands entstehen, daß sie ohne weiteres von dem Laien, vor allem aber von Ärzten erkannt werden müssen. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Es ist aber dann weiter in diesem Artikel gesagt worden: Er ist tagelang in der Isolierzelle nackt eingesperrt worden, er hat einen eiterigen blutigen Auswurf gehabt, er hat wiederholt gebeten, man solle ihn röntgen lassen — es ist alles nicht geschehen. Und doch — Herr Abg. Dr. Föhr, das haben Sie sich zu eigen gemacht! — Auch den Vorwurf, daß der Herr Geh. Rat Hoche sich um die Patienten zu wenig kümmere. Zuerst schien es so, als ob es heißen soll, daß er sich grundsätzlich um seine Patienten nicht kümmere. Das ist aber alles nicht richtig, wie sich allmählich herausgestellt hat. Die Erklärung, die der Herr Geh. Rat Hoche damals in Form einer Berichtigung abgegeben hat, hat gelautet:

„Es ist nicht wahr, daß Degen in die Klinik gekommen ist, um hier geröntget und auf Fremdkörper untersucht zu werden; die Aufnahme erfolgte aus ganz anderen Gründen.

Es ist nicht wahr, daß der Kranke in der im Artikel geschilderten Weise in allen Tonarten: ruhig, oder flehentlich bittend, ja weinend auf den Knien um die Durchleuchtung bat.

Degen litt nicht an eitrigem blutigen Auswurf, an röchelnden Atembeklemmungen, Erstickungsanfällen, er klagte nicht Tag und Nacht über rasende Schmerzen im Leib und auf der Lunge.

Es ist nicht wahr, daß Degen körperlich nicht untersucht oder behandelt worden ist.

Es ist nicht wahr, daß er roh und lieblos behandelt oder mißhandelt worden ist.

Es ist nicht wahr, daß der Direktor der Klinik den Kranken nicht angesehen hat; es ist vielmehr die Frage seines körperlichen Zustandes wiederholt Gegenstand eingehender Beratung zwischen den Ärzten gewesen.

Es ist nicht wahr, daß der Kranke infolge des verschluckten Fremdkörpers an Gewicht verloren hat, sein Gewichtsverlust hat andere Gründe.

— Er hat nämlich die Nahrung verweigert, deshalb hat er an Gewicht verloren. —

Es ist nicht wahr, daß Eingriffe von dritter Seite notwendig waren, um die Entlassung des Kranken aus der Klinik herbeizuführen. Er wurde vielmehr, nachdem er schon wiederholt Ausgang in die Stadt gehabt hatte, auf Wunsch seiner Mutter entlassen, mit der besprochen worden war, daß sie die Durchleuchtung nach der Entlassung vornehmen lassen möge.

Es ist in summa nicht wahr, daß irgend eine ärztliche Nachlässigkeit vorliegt. Die Wahl des Zeitpunkts der Durchleuchtung hing an ganz anderen Dingen, als den im Artikel angeführten."

Und nun fragen wir, ob denn das unrichtig ist, was Herr Geh. Rat Hoche als Berichtigung gegeben hat. Wir haben eine hochnotpeinliche Disziplinaruntersuchung gehabt; die mußte natürlich eingeleitet werden — nicht, daß ich mißverstanden werde! —, nachdem einmal die Pressekampagne und die Beschwerde des Herrn Dr. Schneider, der Ihr Gewährsmann ist, Herr Dr. Föhr! — an das Ministerium gelangt war. Das Ergebnis dieser hochnotpeinlichen Disziplinaruntersuchung, die mit aller Gründlichkeit vorgenommen worden ist, ist nun gestern von dem Herrn Abg. Dr. Föhr, nachdem er die Akten eingesehen hat — er hat insofern einen Vorzug vor mir; ich habe sie nicht eingesehen, ich habe sie auch nicht verlangt; es ist nicht nötig, denn ich traue durchaus dem, was Herr Dr. Föhr als Exzerpt aus den Akten vorgetragen hat —, mitgeteilt worden. Danach ist es so. Herr Dr. Föhr sagt: „Daß schlechte Behandlung des Patienten vorgekommen ist, wird behauptet, aber es ist nicht bewiesen." Die Geschichte von der Isolierzelle: „Da hat man den Eindruck, daß nicht alles glatt war" (warum, das weiß ich nicht); aber es ist nichts bewiesen." Sie sagen: „Die ärztliche Behandlung war nicht genügend; es bestehen Zweifel, ob bei nichtpsychiatrischen Krankheiten alles in Ordnung war; aber es ist nach der Richtung nichts bewiesen." Das Verhalten des Ministeriums, niedergelegt in der Disziplinaruntersuchung und in der Verlautbarung in der Presse, wird von Ihnen anerkannt, „ist einwandfrei". Daß der Chefarzt selbst sich nicht genügend um die Patienten kümmert, dazu bringen Sie verschiedene Äußerungen von Ärzten, aus denen doch das eine hervorgeht, daß der Chefarzt bei den Patienten III. Klasse 2—3mal in der Woche Besuche macht, daß er sich aber selbstverständlich nicht damit abgeben kann, daß er jeden Patienten alltäglich untersucht und besucht, weil ja seine Aufgaben ganz andere sind. In erster Linie ist er — der Herr Minister hat das schon vorgetragen — Forscher, Lehrer, Erzieher, Dozent — und ich füge hinzu: ein sehr wertvoller und geschätzter gerichtlicher Sachverständiger für psychiatrische Untersuchungen. Das alles sind Dinge, die einen Mann an sich schon vollkommen ausfüllen können. Selbstverständlich ist die Voraussetzung dieser und all seiner anderen Tätigkeit, daß er auch seine Klinik gehörig überwacht. Aber wenn wir hören, daß er selbst die Auffassung vertreten hat, daß seine Aufgabe sei: richtige Auswahl der Abteilungsärzte und deren Überwachung und die Aufstellung allgemeiner Grundsätze; wenn wir hören, daß er jeden Tag Rapport bekommt, daß er die wesentlichen Fälle mit seinen Abteilungsärzten bespricht usw., so wird man doch schon sagen können, daß, wenn Herr Geh. Rat Hoche damals im Jahre 1923 — so

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Obkircher [D. Vp.])

sagen Sie — die Äußerung getan hat: „Kritik Unberufener wird an meinen Grundsätzen nichts ändern", das nicht so ganz zu verwerfen ist. Es gibt manchen, der wirklich nicht berufen ist, eine Kritik zu üben, besonders wenn er nicht den nötigen Einblick hat. Und wenn dann der Mann, der sich bewußt ist, mit Recht bewußt ist, daß er seine Pflicht tut, daß er durch seine Tätigkeit nicht nur in Baden, sondern über Baden und Deutschland hinaus einen internationalen Ruf als hervorragender Forscher und Gelehrter und Lehrer besitzt, sagt: „Die Kritik Unberufener an meiner Tätigkeit ändert an meinen Grundsätzen nichts", so ist das nicht so absolut unverständlich. Und wenn Herr Geh. Rat Hoche einmal — das hat Herr Dr. Föhr offenbar hervorgehoben, um eine besonders verwerfliche Auffassung des Herrn Geh. Rat Hoche vorzutragen — die Äußerung getan hat: „Die Lehrer sind besonders empfindlich", so war das gewiß keine Äußerung, die irgendwie geeignet ist, auf ihn ein schlechtes Licht zu werfen; sie war jedenfalls auch nicht in der Absicht abgegeben, damit diese kleine, nebensächliche Äußerung nun hier vor dem ganzen Land kundgetan wird.

Aber immerhin bleibt — werden Sie vielleicht sagen — die Tatsache, daß der Degen einen Fremdkörper in der Lunge oder in den Bronchien gehabt hat und daß man das nicht gemerkt hat. Auch das bedarf doch einer gewissen Aufklärung. Nach dem Befund von Professor Kahler, der den Fremdkörper entfernt hat, hatte dieser Fremdkörper in den Bronchien, in denen er lag, so gut wie keinerlei Reizerscheinungen hervorgerufen. Das liegt daran, daß er — ein ganz natürlicher Abwehrvorgang — sich mit Schleim umgab und somit keine Kante mehr hatte, die eine Beschwerde verursacht hätte. Der Organismus verfügt an allen möglichen Stellen über solche Abwehrmechanismen, und es ist bekannt, daß Geschosse, Nägel usw. ohne jede Reaktion einheilen und viele Jahre lang getragen werden können. Wenn wir das wissen, wenn wir diese Meinung des sachverständigen Arztes kennen, dann brauchen wir uns nicht weiter darüber wundern, daß auch in der psychiatrischen Klinik von der Anwesenheit des Fremdkörpers nichts gemerkt worden ist, um so weniger, als ja den Ärzten bekannt war, daß eine Röntgendurchstrahlung schon in Donaueschingen stattgefunden hatte und nichts davon gefunden wurde. Die von Professor Kahler festgestellte Beschaffung der Schleimhäute erklärt auch, warum der spärliche Auswurf einfach katarrhalisch war. Die Angabe von blutigem eitrigem Auswurf hat sich ja durch die Untersuchung in vollem Umfange als unwahr ergeben. Es ist weiter wichtig festzustellen, daß Degen in der zweiten Hälfte seines Aufenthalts in der Klinik in nichts, in keiner Weise in seiner Entschließungsfreiheit behindert war. Es ist weiter wichtig für die Beurteilung des ganzen Vorgangs, folgendes festzustellen: Der klinische Aufenthalt, währenddessen die Fremdkörperfrage überhaupt schwebte, war im Mai und Juni 1925, und die Zeitungsartikel und die Beschwerdeschrift des Rechtsanwalts Schneider fallen auf Ende Januar 1926, und dazumal war der Mann nicht unter dem Drucke des Irrengesetzes auf Veranlassung des Ministeriums, aber ohne gesetzlichen Zwang freiwillig zu einer Beobachtung in die Klinik eingetreten. Er hat bei dieser Gelegenheit mit keinem Wort irgendeine Beschwerde über die Behandlung vorgebracht.

Nun, woher kommt nun diese ganze Geschichte, die Aufbauschung? Ich will es nicht näher untersuchen, aber es kommt — das darf doch gesagt werden — daher, daß man darin einen willkommenen Anlaß gefunden hat, einen Mann zu treffen, der als politischer Gegner und als politisch mißliebig betrachtet wird Herr Abg. Dr. Föhr, Sie haben sich mißbrauchen lassen! Sie haben nicht die Sorgfalt angewandt, die notwendig ist, nachdem man an Sie herangetreten ist und haben Dinge vorgetragen, die eben jetzt bei der sorgfältigen Nachprüfung nicht stichhalten, Sie hätten das nicht tun dürfen, ohne daß Sie selbst die Prüfung vorgenommen hätten, die notwendig ist (Abg. Dr. Föhr: Ich meine, ich habe sie vorgenommen!). Das Ergebnis hat gezeigt, daß die Prüfung, die Sie vorgenommen haben, nicht genügend war, und ich kann es einfach nicht verstehen, daß Sie sich dieser Sache in der Weise, wie es geschehen ist, angenommen haben, die einerseits einen politisch mißliebigen Mann treffen sollte, zum andern als Unterlage dienen sollte für einen Prozeß gegen den Staat (Abg. Dr. Föhr: Ich muß das aufs entschiedenste zurückweisen, eine solche Unterstellung!). Sie haben ja selbst von dem Prozeß gesprochen und haben die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit in Aussicht gestellt, daß der Prozeß für den Staat ungünstig ausgehe. Ich weiß nicht, wieweit diese berühmte Klage steht. Das letzte, was ich vor einiger Zeit davon gehört habe, war, daß das Armenrecht nicht bewilligt worden ist. Ob in der Zwischenzeit die Klage erhoben worden ist, das weiß ich nicht. Ich glaube, der Staat wird diesem Prozeß mit aller Ruhe entgegensehen können.

Ich bedauere außerordentlich, daß diese Angriffe nicht nur in der Presse erschienen sind, sondern daß nun, nachdem das Ministerium die Entscheidung getroffen hat, zwar die Entscheidung von Zentrumsseite anerkannt wird, der Herr Minister in seiner Haltung gedeckt wird, aber doch die Vorwürfe in dieser agressiven Weisen wieder vorgetragen werden. Zu welchem Ende denn, als daß eben der Satz Wahrheit wird: semper aliquid haeret.

Ich komme zu den Hochschulen. Das kleine Land Baden trägt natürlich an der Last durch die 3 Hochschulen außerordentlich schwer. Trotzdem müssen die Universitäten als alte ehrwürdige Kulturstätten auf ihrem hohen wissenschaftlichen Stand erhalten werden; aber nicht nur die Pflege der Wissenschaften, nicht nur die Pflege alles dessen, was von den Universitäten vermittelt wird, gebietet, daß wir diese Stätten erhalten, es ist eine historische Pflicht, es sind die ältesten Universitäten, die wir in Deutschland haben. Deshalb werden wir alles dazu tun, um diese Universitäten zu erhalten. Aber auch die wirtschaftlichen Interessen gebieten ihre Unterhaltung, denn sie bringen wirtschaftlich reichen Segen in das Land, nicht allein in die Städte, in denen diese Universitäten liegen. Wir begrüßen es daher, daß das Ministerium sich entschlossen hat, den Klinikneubau in Freiburg zu erstellen und sind auch mit den Plänen über die beabsichtigte Art der Finanzierung einverstanden.

Die Universität Heidelberg ist notleidend, nicht durch die Schuld des Herrn Ministers, sondern durch die baulichen Zustände, in denen sich die Universitätsbauten befinden. Wir freuen uns, daß die Absicht besteht — wie ich annehmen darf —, auch hier mit allen verfügbaren Mitteln Wandel zu schaffen. Aber wissenschaftliche Arbeit, wissenschaftliche Forschung verträgt keine Politisierung, und auch da habe ich ernste Sorgen, ob nicht die Absicht besteht, an die Politisierung der Hochschulen zu gehen. Auch hier, Herr Dr. Föhr, habe ich Anlaß, mich an Sie zu wenden, an Ihre Schrift „Kulturkämpferei und Kulturpolitik". Es heißt hier Seite 98:

> „Die Parität ist auch in Baden noch lange nicht erreicht. Sie muß auch weiterhin erkämpft werden durch ein starkes Zentrum."

Und bei dem Titel „Universitäten" Seite 104 sagen Sie:

> „Durch das ganze Mittelalter hindurch war die Kirche Gründerin und Trägerin der Hochschulen. Noch vor 100

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

Jahren war die Universität Freiburg nur mit katholischen Dozenten besetzt. Im 19. Jahrhundert hat man die praktischen Katholiken fast restlos von den Kathedern der Hochschulen beseitigt."

Sie führen dann Äußerungen des früheren Kultus- und Unterrichtsministers Dr. Hellpach an. Natürlich billigen Sie diese Äußerungen nicht. Ich will nur den einen Satz hervorheben. Er sagt da:

„Die deutschen Hochschulen aber erachten die Voraussetzungslosigkeit der Forschung in dem Sinne, daß der Wissenschaft niemals ein bestimmtes Ergebnis vorgeschrieben werden darf, für ihr Lebenselement, mit dem sie wirken und blühen, sinken und untergehen."

Ich bin auch der Meinung, daß die wissenschaftliche Arbeit nicht irgendwie gebunden sein kann und sein darf, daß in diesem Sinne die Voraussetzungslosigkeit vorhanden sein muß, wenn Nützliches dabei herauskommen soll. Ich verkenne nicht, daß es bestimmte Lehrstühle gibt, bei denen eine bestimmte weltanschauliche Einstellung verlangt werden kann. Das gilt vor allem auf dem Gebiete der Geschichte, vor allem auf dem Gebiete der mittelalterlichen Geschichte, das kommt natürlich auch bei einzelnen anderen Lehrstühlen vor. Aber im allgemeinen muß ich dem früheren Unterrichtsminister Dr. Hellpach doch recht geben, wenn er ausspricht, daß die Voraussetzungslosigkeit die Grundlage aller wissenschaftlichen Arbeit ist. Diesem Grundsatz aber gilt der Kampf der Zentrumspartei. Wir haben die Rede des Herrn Kollegen Duffner bei der allgemeinen Aussprache gehört und worin geklagt wird: „Wir in Baden haben uns die Gleichberechtigung in harten, schweren, of recht schweren persönlichen Auseinandersetzungen erkämpfen müssen. Wir sind noch nicht am Ziele, haben es noch nicht in aller Wege erreicht. Daß sie uns gerade auf den Hochschulen noch vorenthalten bleibt, entspricht nicht einer vernünftigen Auffassung vom Wesen der Demokratie, noch der Gerechtigkeit. Wir werden nicht aufhören, uns dafür einzusetzen, bis auch wir unsere Rechte durchgesetzt haben. Und darauf kommen wir noch an einer Stelle zurück. (Auf Zwischenruf:) Ja, gewiß ich habe nichts gegen gleiche Behandlung, gegen den Grundsatz, daß die Tüchtigkeit in erster Linie den Ausschlag geben soll. Es kommt bei den allermeisten Fächern der Wissenschaft nicht darauf an, ob einer katholisch oder evangelisch oder jüdisch ist, es kommt auch weiter nicht darauf an, ob einer dem Zentrum angehört oder der Liberalen Partei oder Demokratischen Partei oder der Sozialdemokratischen Partei, es kommt nur darauf an, daß er etwas in seinem Berufe leistet, daß er tüchtig und als Wissenschaftler hervorragend ist. (Auf Zuruf rechts: Und wir?): Habe ich die Deutschnationalen vergessen?, es kommt nicht darauf an (Große Heiterkeit). Das muß der maßgebende Gesichtspunkt sein, nur der darf entscheiden, abgesehen von ganz vereinzelten Lehrstühlen. Die Klage, daß das Zentrum benachteiligt worden sei, die immer wieder angestimmt wird, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Es mag sein, daß Zentrumsangehörige bisher verhältnismäßig wenig auf den Lehrstühlen saßen. Woher kommt das? Das kommt daher, daß Sie nicht mit den nötigen Personen haben aufwarten können (Zuruf: von Hertling!). Ich spreche nicht allein meine eigene Meinung aus, sondern ich habe eine Rede in Erinnerung, die Herr Geh. Hofrat Finke vor einem Jahre in Freiburg vor der katholischen Studentenschaft gehalten hat, in der er mit eindringlichen Worten darauf hinwies, daß sich die katholischen Studenten mehr dem wissenschaftlichen Beruf widmen sollen, weil sie bisher nicht genügend die akademische Laufbahn beschritten haben und es daher komme, daß sie nicht genügend in den Universitäten vertreten seien. Darin liegt der Grund (Abg. Dr. Schofer: Sie kommen ja nicht an!). Weil Sie nicht genügend wissenschaftlich bedeutende Anwärter haben bringen können, deswegen konnten Sie nicht ankommen (Abg. Dr. Schofer: Wir sind nicht lauter Esel, darum sind die Schöffen und Geschworenen von St. Blasien neben heruntergefallen, weil sie „Schwarze" gewesen sind!). Jawohl, Herr Dr. Schofer, das liegt darin, daß die Angehörigen der Zentrumspartei noch nicht so zahlreich waren, wie jetzt, das lag daran, daß auch in rein katholischen Bezirken die Nationalliberale Partei in der Überzahl war (Abg. Dr. Schofer: Sie waren gescheiter!). Nun, wenn Sie sagen, daß Sie gescheiter waren, dann möchte ich nicht das Gegenteil behaupten (Abg. Dr. Schofer: Was „schwarz" ist, ist ein Esel!). Nun weiter, ich habe kein Verständnis für diesen Kampf, der immer wieder ausbricht um die Hochschulen. Nun hat der Herr Kollege Duffner in seiner großen Rede auf die Zusammenkunft der Hochschulprofessoren in Weimar hingewiesen und vor allem die Einstellung vieler Hochschulprofessoren in politischer Hinsicht gekennzeichnet und wollte damit andeuten, daß sie zum großen Teil nicht auf dem Boden des heutigen Staates stünden, und daß auf der Zusammenkunft versucht worden ist, hier Wandel zu schaffen. Es ist ein Satz von Herrn Geh. Rat Kahl erwähnt worden. Es ist begrüßt worden, daß ein Mann unserer Partei diesen Satz hat aufstellen können. Wenn Professor Kahl gesagt hat:

Die Verfassung als solche ist der beste Sammelpunkt des Volkes um seinen Staat, muß auch der Sammelpunkt der Universitätslehrer aller politischen Richtungen sein. Unbeschadet aller Freiheit der Kritik muß doch die Grundstimmung sein, nicht die Verfassung zu zerstören oder gering zu schätzen, sondern das Beste aus ihr herauszuholen, was für den Aufbau des Staates vorläufig herausgeholt werden kann.

So kann ich aus voller Überzeugung sagen, daß das auch meine Auffassung ist. Geheimrat Kahl ist ein hervorragendes Mitglied unsere Partei, der als alter Mahner bei jeder Gelegenheit die treffendsten Worte über unsere Auffassung zum Staat gefunden hat. So wie er sich hier ausgesprochen hat, so ist es. Wir haben im Laufe dieser Debatte unsere Auffassung zum heutigen Staat ausreichend gekennzeichnet, aber wenn man das tut, läuft man Gefahr, in der Presse in Verdacht gebracht zu werden, daß man das tue, um irgend welche selbstischen Zwecke zu erreichen, deshalb — ich knüpfe da an eine Äußerung meines Parteifreundes Dr. Mattes an — wird es einem schwer gemacht, das zu sagen, was man sagen kann (Abg. Bauer: Sehr richtig!), was man sagen will und eigentlich immer gesagt hat (Abg. Bauer: Sehr richtig!). Es gab nie für uns eine andere Auffassung zum Staat, als daß man nach Beseitigung der Monarchie sich ganz selbstverständlich auf den Boden des durch die Verfassung gegebenen Staates stellen muß und daß es deshalb lediglich darauf ankommt, nicht daß man das Wort Republik dauernd im Munde führt und in die Welt hinausruft: „ich bin ein überzeugter Republikaner", sondern daß man dieser Republik dient an der Stelle, an die man gestellt ist. Ich sagte, daß ich kein Verständnis habe dafür, daß immer der konfessionelle Gesichtspunkt bei Besetzung der Professorenstellen an den Hochschulen in den Vordergrund geschoben wird, ich sage weiter, ich habe auch kein Verständnis dafür, daß dasselbe bei den Mittelschulen geschieht. Wir haben uns im Anschluß an den Pforzheimer Fall im Haushaltsausschuß darüber unterhalten. Der Herr

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

Minister hat damals den Grundsatz aufgestellt, daß in erster Linie die Tüchtigkeit und Vereigenschaftung für die Besetzung einer Stelle entscheidend ist und damit bin ich selbstverständlich einverstanden. Er hat aber weiter dazu gesetzt, wenn die Bewerber gleiche Tüchtigkeit und Vereigenschaftung aufweisen, entscheidet die konfessionelle Zusammensetzung der Schüler. Da bin ich anderer Meinung. Ich bin der Meinung, daß auch dann die konfessionelle Zusammensetzung nicht maßgebend sein soll. Die Lehrer an den höheren Schulen haben keinen Religionsunterricht zu erteilen, deren Arbeit hängt von ihrer Konfession nicht ab. Dann hat das Dienstalter oder persönliche Rücksichten auf die Familie zu entscheiden, nicht aber die konfessionelle Zusammensetzung der Schüler. Ich gebe zu, daß man schließlich dazu kommen kann, in jedem einzelnen Falle die konfessionelle Zusammensetzung der Schüler zu prüfen, wenn von der einen Seite immer der Ruf danach ertönt. Dann wird die andere Seite sich auch rühren müssen, um nicht in das Hintertreffen zu kommen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu der Zugehörigkeit der Schüler zu politischen Organisationen. Ich will da ganz kurz sein. Wir haben schon im Haushaltsausschuß darüber gesprochen. Der Herr Minister hat ja bekanntlich in dem Schopfheimer Fall Entscheidung dahin getroffen, daß die Schüler dem Jungdeutschen Orden nicht angehören dürfen. Ich habe die Entscheidung des Herrn Ministers da. Es ist entschieden:

> daß der Jungdeutsche Orden, wie sich aus § 3 seiner Satzung ergibt, politische Ziele, nämlich eine Einwirkung auf das deutsche Staatsleben als solches anstrebt. Sofern er sich hierbei auf die Pflege einer vaterländischen Gesinnung auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse beschränke, wären gegen seine Tätigkeit Bedenken nicht zu erheben. Auf Grund seiner praktischen Tätigkeit zeigte sich aber, daß er parteipolitisch eingestellt ist. Er hat z. B. unter anderem auch gegen die Locarno-Verträge sehr scharf Stellung genommen.

Nun, die Kritik an den Locarno-Verträgen ist m. E. keine rein parteipolitische Stellung. Unsere Partei steht durchaus auf dem Boden der Locarno-Verträge. Aber wenn eine Organisation einen anderen Standpunkt vertritt, ist das ihre Sache, man kann da vor allem nicht den Schluß ziehen, daß diese Organisation eine staatsfeindliche Organisation sei. Es ist auch nach den Statuten des Jungdeutschen Ordens nicht richtig. Der § 4 sagt: Der Jungdeutsche Orden steht auf dem Boden der Verfassung: Also in den Statuten ist es nicht enthalten. Daß der Jungdeutsche Orden nach seiner praktischen Betätigung sich staatsfeindlich, verfassungsfeindlich stellt — ich habe es noch nicht bemerkt.

Aber nun stehe ich durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Ministers insofern, als ich sage: Politik gehört überhaupt nicht in die Schule hinein. Den Schülern soll die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen überhaupt verboten werden. Schüler haben andere Aufgaben. Schüler haben zu lernen. Man will sie erziehen, aber von Politik soll man sie fernhalten, damit sie sich ihrer Arbeit widmen können. Aber wenn man diesen Grundsatz aufstellt — und er ist sicher richtig —, dann darf man auch nicht sagen: den Schülern ist es erlaubt, dem Reichsbanner beizutreten. — Man kann zu dem Reichsbanner stehen wie man will, daß ich das Reichsbanner nicht als eine notwendige Organisation und auch nicht als eine erfreuliche Erscheinung ansehe, und zwar deshalb, weil sie nicht zur Einigkeit des Volkes beiträgt, darüber habe ich meine Meinung schon oft genug zum Ausdruck gebracht —, also man mag zu ihm stehen wie man will —, aber daß das Reichsbanner eine politische Organisation ist, kann man ernsthaft nicht bestreiten. Und wenn man das etwa bestreiten wollte, so kann ich mich ja auf die Vorgänge in der allerletzten Zeit berufen, ich kann auf die Haltung der Organisation Reichsbanner in der Fürstenabfindungsfrage abheben. Ich persönlich habe die Erfahrung gemacht bei einer großen Versammlung in Konstanz, daß das Reichsbanner geschlossen, in Uniform auf Befehl aufmarschiert ist und sich recht eifrig Mühe gegeben hat, meine Rede und die Versammlung zu stören. Ich kann auf die bekannten Pforzheimer Vorgänge hinweisen, die Veranlassung zu Presseerörterungen gegeben haben. Ich kann mich auch auf den „Badischen Beobachter" stützen (Große Heiterkeit). Also in Pforzheim derselbe Mißbrauch des Reichsbanners, wie in Bruchsal. Auch in Karlsruhe wirkte das Reichsbanner bei der von den Sozialdemokraten einberufenen Versammlung. Die Führer des Reichsbanners sind sich offenbar nicht darüber klar, daß sie damit die Organisation des Reichsbanners zerschlagen und daraus eine sozialdemokratische Organisation machen." Auch hat in einem Aufruf der Führer des Reichsbanners in Freiburg in der Freiburger Volkswacht ganz offen aufgefordert, sich nicht etwa der Stimme zu enthalten, obwohl er selbst Mitglied der Demokratischen Partei ist, und erklärt, das Reichsbanner habe die Pflicht, für die Fürstenenteignung zu stimmen. Wenn man diese Vorgänge betrachtet, wird man nicht sagen können, daß die Reichsbannerorganisation heute als eine nichtpolitische Organisation zu werten ist.

Deshalb darf ich wohl sagen, die Stellung des Ministers zur Frage der Zugehörigkeit der Schüler zu den erwähnten Organisationen kann ich nicht als konsequent und nicht als richtig anerkennen. Es ist — um noch einmal vom Reichsbanner zu reden —, neuerdings entdeckt worden, daß das Reichsbanner im tiefsten Grunde eine christliche Organisation sei, obwohl selbst der „Badische Beobachter" einige Ausstellungen an ihm gemacht hat. Ich persönlich habe von einer speziell christlichen Einstellung des Reichsbanners nichts gemerkt, wenn man als Hauptmerkmal der christlichen Gesinnung den Satz aufstellt: Liebe Deinen Nächsten! Denn man kann nicht sagen, daß dieser Satz im Reichsbanner gerade verwirklicht wird. Das Reichsbanner liebt vielleicht zwar die Mitglieder des Reichsbanners, aber darüber hinaus ist seine Liebe sehr klein, mindestens ist das Reichsbanner auch stark auf Kampf eingestellt. Ich will mir versagen . . . (Abg. Dr. Schofer: Das macht nichts, Christentum ist auch Kampf! — Heiterkeit). Ja, ecclesia militans! Nicht wahr?! Aber ich gehe weiter und sage: Wenn ich an eine Rede denke, die ein badischer Minister auf der Reichsbannertagung in Hamburg gehalten hat, in der er ganz offen das Reichsbanner als Kampforganisation bezeichnet hat, die zum Kampf übergehen müsse, die angreifen müsse, so wird man schon einige Zweifel haben dürfen, ob das Reichsbanner gerade auf christlicher Grundlage aufgebaut ist (Zuruf beim Zentrum und Sozialdemokratie). Nun wenn Sie vom Stahlhelm und von Wiking reden, so erheben diese nicht Anspruch darauf, auf christlicher Grundlage aufgebaut zu sein (Abg. Dr. Hoffmann: Ist nicht behauptet worden! — Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Hoffmann. — Der Präsident bittet um Ruhe).

Ich komme noch einmal zu den Universitäten und bedauere ebenso, wie ich es verurteile, wenn bei den Hochschulen etwa politische Einflüsse sich geltend machen. Wie ich es durchaus zugebe, daß der Geschichtsunterricht in den höheren Schulen absolut objektiv betrieben werden soll, daß es nicht angeht, daß im Geschichtsunterricht in den höheren Schulen etwa von der einen oder der anderen Seite von der objektiven Wahrheit abgewichen wird; wie ich es verurteile, daß in den Ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

schichtsbüchern die Wahrheit nicht vollständig zur Geltung kommt, so verlange ich auch, daß von den Hochschulen die Politik möglichst ferngehalten wird.

Ich bedauere es, wenn da und dort Entgleisungen vorgekommen sind. Ich bin nicht im einzelnen im Bilde. Aber wenn es vorgekommen ist, wie schon vorgetragen worden ist, daß in Karlsruhe sich Studenten geweigert haben, die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold beim allgemeinen Studentenkommers zu dulden, so ist das nicht nur eine Torheit, sondern eine Geschmacklosigkeit. Ich habe schon deutlich genug meinen Standpunkt zur Flaggenfrage klargelegt — oder habe ich es noch nicht getan —, so will ich es jetzt tun. Mein Standpunkt in der Frage ist folgender: Ich bin durchaus der Meinung, daß, nachdem Schwarz-Rot-Gold die verfassungsmäßigen Farben sind, sie die notwendige Achtung, wie alles verfassungsmäßige von unserer Seite verdienen. Wenn ich nun rechts von mir ein gewisses Lächeln und Schmunzeln sehe, so fürchte ich, daß ich wieder in den Verdacht komme, daß ich das tue, um irgendwelche selbstischen Zwecke zu verfolgen. Sei es drum, es muß die Gelegenheit genutzt werden, zu sagen, daß wir auch in dieser Frage als Partei, die den Staat aufbauen helfen will, verlangen, daß die verfassungsmäßigen Farben geachtet und geehrt werden, daß es nicht angeht — um ein Wort meines Freundes Dr. Mattes zu wiederholen —, daß man einen Rückenschauder oder ein Gruseln bekommt, wenn man die eine oder andere Fahne sieht. Aber wir verlangen auch, daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot die nötige Achtung finden, denn auch sie sind in der Verfassung verankert, auch in der jetzigen Verfassung verankert als unsere Handelsflagge, und deshalb haben wir, die wir die Meinung vertreten, daß es nicht gut und klug war, die Flagge zu wechseln, das Recht, zu verlangen, daß auch diese Farben geschützt, und daß auch diese Farben geachtet werden.

Ich wollte nun einige Worte zu dem Fall des Prof. Dr. Fischer in Freiburg sagen, und zwar bin ich allerdings einigermaßen anders unterrichtet, als der Herr Minister es heute dargestellt hat. Ich bin dahin unterrichtet worden, es wäre wohl möglich gewesen, diese Reichsanstalt nach Freiburg zu bringen mit einem verhältnismäßig geringen Kostenaufwand von etwa 30 000 M. (Minister für Kultus und Unterricht Remmele: Von wem?), die dadurch entstanden wären, daß man Hilfskräfte auf der Anatomie noch anstellt und einen Unterhaltsbeitrag für die Gebäude gewährt, die vom Reich in Freiburg errichtet worden wären. Ich stehe aber nicht an, nachdem der Herr Minister seine Darlegungen gegeben hat, zu erklären, daß ich selbstverständlich nicht im geringsten daran zweifle, daß ich in der Richtung unrichtig unterrichtet bin, so daß man nur sagen kann, es ist aufs tiefste zu bedauern, einmal, daß es nicht möglich ist, diese Reichsanstalt nach Freiburg zu bringen, und vor allem, daß es nicht möglich war, diesen ausgezeichneten Menschen und Gelehrten, verdient auch speziell für die Bestrebungen, die in der badischen Heimatkunst usw. verankert sind, in Freiburg zu halten.

Um weiter zu kommen, wir begrüßen die neuen Professuren, die errichtet werden für Arbeitsrecht, Kriminalpsychologie in Heidelberg, für die Nationalökonomie in Freiburg. Ich begrüße es sehr, daß die außerordentlichen Professoren jetzt aus X heraus und allgemein in XI und XII eingestuft werden sollen, wenn es auch noch nicht ganz durchgeführt worden ist, aber hoffentlich noch durchgeführt wird. Auch wir hoffen auf eine befriedigende Regelung der Besoldung der Assistenten und sind der Hoffnung, daß es gelingt, die Bestrebungen auf der Technischen Hochschule hier, einen Lehrstuhl für Theoretische Physik zu errichten, möglichst bald in Erfüllung gehen.

Jede Erleichterung des akademischen Studiums durch Mensa, durch Studentenhilfe, durch Stipendien, wird von uns im Rahmen des möglichen unterstützt; soweit können wir freilich nicht gehen wie die Herren Kommunisten, daß schließlich der Staat auch noch jeden Studenten mehr oder weniger unterhält; das ist eine Unmöglichkeit, das ist auch nicht die Aufgabe des Staates. Lassen Sie mich einmal eines sagen: Es ist im allgemeinen gar kein so großes Unglück, wenn der eine oder andere sich recht kümmerlich durch sein Studium hindurchhelfen muß, denn gerade aus solchen, die spärlich mit ihrem Wechsel daran waren und die sich unter Umständen auch einmal haben durchhungern müssen, sind oft die tüchtigsten und besten Leute geworden (Sehr richtig!), und deshalb schadet es nichts, wenn der Student gelegentlich auch einmal knapp mit seinem Wechsel daran ist (Sehr richtig! Zuruf rechts: Ich habe nie einen Wechsel gehabt!).

Das Gebiet der höheren Schulen habe ich schon gestreift, soweit politische Fragen in Betracht kommen. Nun haben wir in der letzten Zeit eine neue Schulordnung oder eine Ergänzung der Schulordnung bekommen — der Herr Minister hat wohl vorhin die Schulordnung gemeint, als er von einem Erlaß sprach —, worin eine bedeutende Erschwerung des Zugangs und des Fortgangs in den Schulen enthalten ist, und sie hat reichlichen Beifall gefunden. Ich stehe natürlich auch auf dem Standpunkt, wirklich unbegabte junge Leute sollen nicht in die höheren Schulen, aber eine kleine Warnung möchte ich doch an die neue Schulordnung knüpfen. Es ist nämlich oft nicht so einfach, schon in den ersten drei Jahren oder auch später die wirklich Begabten von den Unbegabten zu unterscheiden. Es kommt vor, daß Leute sich erst später entwickeln und daß aus solchen Leuten, die — auch das kommt vor — auf der Schule recht schlechte Schüler waren, sogar faul waren, recht tüchtige Menschen geworden sind, daß umgekehrt aus sogen. Musterschülern, die immer fleißig gesessen und gestoßen haben, oft gar nichts so Besonderes geworden ist. Wenn ich mich umsehe unter denen, mit denen ich die Schule besucht habe, so muß ich sagen, daß man von manchen sogen. Musterschülern nichts mehr hört und nichts mehr sieht und gar nichts Besonderes aus ihnen geworden ist, dagegen aus einer ganzen Reihe von Leuten, die gar keine Musterschüler waren, bedeutende und sehr tüchtige Menschen. Ich will damit die Schulordnung nicht verwerfen, die neue Erschwerung an sich nicht kritisieren, soweit das Streben dahin geht, unsere höheren Schulen von einem unnötigen Ballast zu befreien, aber ich möchte gegen eine schematische Anwendung dieser Schulordnung Stellung nehmen und sagen, die Anwendung dieser Bestimmungen durch die Lehrer erfordert eine hervorragende psychologische Begabung und Sorgfalt. Es ist überhaupt nicht so einfach, wenn man nicht selbst Familienvater ist, diese Dinge richtig zu beurteilen; jedenfalls ist größte Vorsicht geboten, und den Lehrern möchte ich anraten, auch in der Anwendung dieser Schulordnung recht große Vorsicht walten zu lassen.

Wenn ich nun zu den Volksschulen komme, so habe ich eigentlich nicht erwartet, daß wir noch einmal eine Volksschuldebatte erleben müssen. Über die Volksschulen ist im Laufe des Jahres so viel geredet und geschrieben worden, und jede Partei hat ihre Meinung so deutlich zu erkennen gegeben, daß es nicht notwendig gewesen wäre, heute noch einmal eine Debatte darüber zu verursachen. Aber es ist nicht unsere Schuld, Herr Dr. Föhr hat dieses Thema wieder angeschlagen. Er hat dabei ein sehr interessantes Bekenntnis abgelegt. Bisher waren wir immer gewohnt zu hören, das Zentrum stehe zwar grundsätzlich auf dem Boden der konfessionellen Schule, aber es habe sich mit der Simultanschule abgefunden, und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

solange den kirchlichen Bedürfnissen der religiösen Erziehung Rechnung getragen wird, solange gedenke es nicht, darin Wandel zu schaffen. Ich habe aus der Rede des Herrn Dr. Föhr etwas ganz anderes gehört, ich habe daraus gehört, daß sich das Zentrum gar nicht damit abgefunden hat, sondern daß es so schnell als möglich eine Änderung des bestehenden Zustandes erstrebt, also die Beseitigung der Simultanschule und ihre Ersetzung durch Konfessionsschulen, und wenn ich je im Zweifel war, ob unsere Haltung in der Frage der Lehrerbildung begründet war, oder ob der Herr Minister und die Sozialdemokratische Partei mit ihrer Haltung im Recht waren, so habe ich die volle Überzeugung bekommen, daß unsere Haltung die richtige war, daß wir allen Anlaß haben, dafür zu sorgen, daß gegen die Simultanschule keine weiteren Angriffe unternommen oder wenigstens nicht durchgeführt werden können, wenn man überhaupt auf dem Standpunkt steht, daß die Erhaltung der Simultanschule etwas Erstrebenswertes und Wünschenswertes ist, und daß wir das nicht leichtfertig aufgeben wollen. Ich darf also auch hier an Hand der Darlegungen des Herrn Dr. Föhr dem Herrn Minister sagen: Wir halten daran fest, daß das Lehrerbildungsgesetz verschiedene Bestimmungen enthält, die außerordentlich gefährlich für den Bestand unserer Simultanschule sind, und es wird alle Sorgfalt und alle Aufmerksamkeit erfordern, wenn meine Befürchtungen nicht in Erfüllung gehen sollen. Dies zur Frage der Volksschule.

Diese Frage, ferner die Politisierung im Berufungsverfahren an den Hochschulen und anderes, all das erfüllt uns mit Sorge und veranlaßt uns zu der Mahnung an uns selbst, auf der Hut und auf der Wacht zu sein. Außerdem berechtigt es uns zu der Meinung, daß der Herr Minister auf diesen Gebieten, vor allem auf diesem einen, nicht auf dem richtigen Wege war und ist.

Ich komme zum Schluß. Eingangs meiner Ausführungen habe ich gesagt: Es ist notwendig, daß das Ministerium des Kultus und Unterrichts „möglichst bald" endgültig besetzt werde; denn auf dem Gebiete der Schule kann nur eine Arbeit auf lange Sicht von Wert und von Bedeutung sein. Es kann nicht gut sein, wenn auf dem Gebiete der Schule ein Mann, der eine bestimmte Idee über die Ausgestaltung unserer Schulen hatte, nach kurzer Zeit wieder abgelöst wird — und wenn dann wieder Männer und andere Ideen kommen. Kein Gebiet verträgt Experimentieren so wenig als das Gebiet der Schule und das Gebiet der Erziehung unserer Jugend. Reicher Segen geht von den Schulen aller Grade in unserem Lande Baden aus, und für die Schulen ist deshalb auch kein Opfer zu groß: Weil wir das einsehen, werden wir, mit den Ausnahmen, die ich bezeichnet habe, für die Anforderungen im Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts stimmen (Beifall).

Im Verlaufe obiger Ausführungen hat I. Vizepräsident Maier vorübergehend den Vorsitz übernommen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhalten das Wort

Abg. Dr. **Föhr** (Zentr.):

Da das Haus die Absicht hat, womöglich heute die Beratung über den Voranschlag des Unterrichtsministeriums zu Ende zu führen, werde ich auf die Bemerkungen und auf die Ausführungen des Herrn Abg. Obkircher lediglich jetzt eine persönliche Bemerkung machen.

Ich weise die Unterstellungen und Verdächtigungen des Herrn Abg. Obkircher auf das Entschiedenste zurück. Ich habe, um möglichst objektiv zu bleiben, in der Angelegenheit der psychiatrischen Klinik in Freiburg dem Hause das Material nach den Akten vorgetragen; ich habe das getan, um so dem Hause ein Urteil zu ermöglichen. Ich fühle mich erhaben über solche Vorwürfe aus dem Munde des Herrn Abg. Obkircher — und werde ihnen deswegen nicht weiter entgegentreten.

Aber der Herr Abg. Obkircher hat heute — wie übrigens auch schon bei anderen Gelegenheiten — in seiner Polemik eine Art beliebt, die mit dem jüngst von jener Seite des Hauses empfohlenen Takt und guten Ton absolut nichts zu tun hat.

Abg. **Obkircher** (D. Vp.):

Herr Abg. Dr. Föhr wirft in seiner persönlichen Bemerkung mit Ausdrücken wie „Unterstellung", „Verdächtigung" um sich, ohne daß er es für nötig hält — es wird ihm ja auch nicht möglich sein —, diese „Ausdrücke", wenn ich so sagen darf, sachlich zu belegen. Ich habe nicht „unterstellt" und ich habe nicht „verdächtigt", sondern ich habe hier mich an Ihre Ausführungen gehalten und diese an den Tatsachen gemessen.

Ob Sie sich „erhaben" fühlen — das steht ja vollständig bei Ihnen (Rufe und Lachen bei den Kommunisten). Ich habe allerdings manchmal den Eindruck, daß Sie sich erhaben fühlen! (Rufe vom Zentrum). Also, das muß ich vollständig Ihnen überlassen (Ruf aus dem Zentrum: Und Sie! Und Ihr!?). Ich bin Ihnen dankbar für diesen Zwischenruf! ich hätte sonst nicht gesagt: Mir geht es genau so — ich fühle mich auch über diese Vorwürfe erhaben (Erneute Heiterkeit).

Der Präsident schlägt vor hier abzubrechen und heute nachmittag um 4 Uhr fortzufahren.

Der Präsident schließt die Sitzung um 1¾ Uhr.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	3397
Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1926 u. 1927, Hauptabt. V, Ministerium des Kultus und Unterrichts, nebst einschlägigen Anträgen.	
Allgemeine Beratung	
Abg. Dr. Engler	3398
Abg. D. Mayer	3407
Minister des Kultus und Unterrichts Remmele	3418
Abg. Obkircher	3428
Persönliche Bemerkungen	
Abg. Dr. Föhr	3444
„ Obkircher	3444

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg